

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 5 / Mai 2009 · Ausgabe Nordrhein-Westfalen

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: kontakt@sovde.de

„Fight the crisis – put the people first!“

Aufruf von SoVD-Präsident Adolf Bauer zur Demo am 16.5.

Seite 2

Sozialpolitik in Zeiten der Finanzkrise

SoVD-Jahresempfang in der Bundesgeschäftsstelle

Seite 3



Welche Rente wird wie berechnet?

Unterschiede zwischen Ost und West

Seite 7

9. Seniorentag in Leipzig: „Alter leben – Verantwortung übernehmen“

Erfahrungswissen hat Zukunft

Unter dem Leitsatz „Alter leben – Verantwortung übernehmen“ werden im Juni viele Tausende ältere Menschen zeigen, dass sie das politische und gesellschaftliche Leben mitgestalten möchten und bereit sind, ihr Erfahrungswissen zum Nutzen aller Generationen einzubringen. Der 9. Seniorentag, der vom 8. bis 10. Juni unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Leipzig stattfindet, wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) veranstaltet. Der Kongress bietet neben Veranstaltungen mit politischer Prominenz und zahlreichen ganztägigen Foren auch Workshops zu relevanten Fragen des Älterwerdens. Auch der Sozialverband Deutschland ist mit SoVD-Präsident Adolf Bauer und Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack in zentralen Foren vertreten. Edda Schliepack moderiert das Forum „Alterssicherung in Deutschland – Befunde zu Stand und Perspektiven“. Adolf Bauer präsentiert im Forum „Finanzielle Sicherheit oder Altersarmut – Grundanforderungen für ein Altern in Würde“ die zehn Forderungen des SoVD zur Verhinderung von Altersarmut.

Wie kann ich Verantwortung für mich selbst übernehmen? Wie kann ich möglichst lange selbstständig wohnen und dabei notwendige Unterstützung erhalten? Was kann ich verantwortlich für meine gesundheitliche und finanzielle Versorgung tun? Wie groß ist die Gefahr einer wachsenden Altersarmut speziell für mich? Wo kann ich mich engagieren, um mitzuentcheiden



Foto: Leipziger Messe GmbH

Mit dem 9. Seniorentag lockt das Congress Center Leipzig (CCL) vom 8. bis 10. Juni wieder Besucherinnen und Besucher aus dem ganzen Bundesgebiet an. Ihnen werden diverse Workshops und Diskussionsforen geboten.

und selbstbestimmt Verantwortung zu übernehmen?

Auf diese und andere relevante Fragen des Älterwerdens finden Teilnehmer und Gäste während der dreitägigen Veranstaltung, zu der rund 20.000 Teilnehmer erwartet werden, in rund 100 Einzelveranstaltungen Antworten und Diskussionsstoff. Besondere Schwerpunkte sind neben aktuellen politischen Themen wie der Zukunft der Sozialsysteme auch das ehrenamtliche Engagement, Rente, Gesundheit, Pflege und Demenz, aber auch Wei-

terbildung, Ernährung und Bewegung, Wohnen und Reisen.

Als eine der Leitlinien des Kongresses gilt dabei: Wer sich einsetzt, soll auch mitbestimmen dürfen! Denn gerade vor dem Hintergrund der stattfindenden demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen hat das Thema Generationenbeziehung eine besondere Aktualität erhalten. Von den in Beruf und Familie erworbenen Erfahrungen älterer Menschen profitieren auch die Jüngeren. Podiumsveranstaltungen mit den Titeln „Infrastruktur

für eine alternde Gesellschaft“ und „Sozialpolitik ohne Generationenvertrag?“ sowie ein öffentlich geführtes Interview mit dem SPD-Vorsitzenden Franz Münterfering machen deutlich, dass die Veranstaltung auch ein Signal setzen möchte für eine Politik, die nicht „für“ ältere Menschen, sondern „mit“ ihnen gestaltet wird – eine Forderung, die der SoVD seit vielen Jahren vertritt.

Neben der Bundeskanzlerin, die den Seniorentag am Nachmittag

Fortsetzung auf Seite 2

Blickpunkt

Eine wissenschaftliche Studie hat sich vor Kurzem mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf



das Leben von Menschen mit Behinderung beschäftigt. Nicht zuletzt infolge der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten traten von Geburt an behinderte Menschen bisher kaum als ältere Generation in Erscheinung. Ihre Lebenserwartung ist jedoch in den letzten Jahrzehnten zunehmend gestiegen und nähert sich der allgemeinen Lebenserwartung an. Neben dem medizinischen Fortschritt ist dies auch ein Erfolg konsequent angemahter Integration. Die Aufnahme behinderter Menschen in die Gemeinschaft darf jedoch nicht vor finanziellem Druck kapitulieren: Gerade in Krisenzeiten sind neben individuellem Engagement Ideen gefordert, die den besonderen Bedürfnissen lebenslang behinderter Menschen Rechnung tragen. Ihre Integration in eine insgesamt alternde Gesellschaft kommt dabei auch Menschen zugute, die selbst nicht behindert sind: Sie lernen mit den körperlichen und geistigen Einschränkungen anderer im Alltag umzugehen und erfahren auf diese Weise den Wert gegenseitiger Hilfeleistung.

Kerstin Römer,
Mitglied im
SoVD-Bundesvorstand

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Sterbegeld-Vorsorge Plus:

- Sterbegeld von 1.000 bis 12.500 Euro
- Beitritt bis zum 80. Lebensjahr
- Keine Gesundheitsfragen, lediglich Staffelung der Leistung im 1. Vers.-Jahr
- Doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod
- Nur begrenzte Beitragszahlungsdauer
- Beitragsbefreiung bei Pflegestufe III
- Assistance-Leistungen im Trauerfall

Haben Sie Interesse: Tel.: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation für Verbandsgruppenversicherungen



Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.

Praxisnaher Unterricht: Nachhilfe in Sachen Mindestlohn

Wer meint, der Unterricht an Deutschlands Schulen sei fern jeder Realität, der irrt: „Gesetzliche Mindestlöhne“ lautet etwa eine Unterrichtsreihe, die Lehrer für die Stundengestaltung nutzen können. In Rollenspielen sollen die Schüler am Beispiel Mindestlohn lernen, dass es bei der Vermittlung von Inhalten keine „reine“ Information gibt – sie transportiert vielmehr immer auch einen „Beziehungsaspekt“ (z.B. Interesse, Macht, Ehrgeiz). Doch was heißt das konkret bezogen auf die aktuelle Politik?

Nun, ein Schüler könnte die Rolle von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz übernehmen und stolz verkünden, dass die SPD weitere Mindestlöhne durchgesetzt hat. Gleichzeitig würde er die CDU dafür

kritisieren, dass diese sich gegen Mindestlöhne in der Zeitarbeitsbranche weiterhin sperrt. Sein Mitschüler, in der Rolle von CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, würde dies scharf zurückweisen und deutlich machen, dass die Schuld vielmehr beim Koalitionspartner liegt. Hat die übrige Klasse bis hierher die jeweiligen „Beziehungsaspekte“ noch nicht identifiziert, so könnte eine Mitschülerin die Rolle einer Zeitarbeiterin übernehmen – von denen gibt es in Deutschland immerhin rund 500.000 – und fragen, wie sie denn von 5,93 Euro Stundenlohn leben solle? Eine Frage, die leider kein Rollenspiel beantworten kann. Selbst die Politik hat bei diesem Thema das Klassenziel bisher nicht erreicht. Setzen. Sechs. (jb)

Fortsetzung von Seite 1

Erfahrungswissen hat Zukunft

des 8. Juni eröffnet wird, haben sich auch die Bundesminister Ulla Schmidt und Wolfgang Tiefensee sowie die Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth, für die Veranstaltung im Congress Center Leipzig angekündigt. Der Seniorentag wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales finanziell gefördert und

von der Stadt Leipzig unterstützt. Es empfiehlt sich, Eintrittskarten im Vorverkauf zu erwerben, da sie an den Veranstaltungstagen zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in und um Leipzig berechnen. Das Tagesticket kostet 7,50 Euro, das Drei-Tage-Ticket 18 Euro. Das detaillierte Programm kann bei der BAGSO bestellt oder unter www.deutscherseniorentag.de

de heruntergeladen werden.

In Leipzig ist es auch in den Bürgerämtern, in den Begegnungsstätten für Ältere oder bei der Seniorenbeauftragten erhältlich. Karten gibt es bei der BAGSO (E-Mail: dst@bagso.de) sowie an den Vorverkaufsstellen der Leipziger Messe, bei den Leipziger Verkehrsbetrieben und der Leipzig Tourismus und Marketing GmbH.

Programmschwerpunkte 9. Seniorentag

Montag, 8. Juni

ab 10 Uhr:
Podiumsveranstaltungen

10 bis 13 Uhr:
Workshops

Angebote zu körperlicher und geistiger Fitness, Wohnen im Alter und Internetnutzung

15 bis 16.30 Uhr:
Festveranstaltung
Eröffnung des Seniorentages mit Bundeskanzlerin Angela Merkel

19 Uhr:
Ökumenischer Gottesdienst
in der Thomaskirche zu Leipzig mit Landesbischof Jochen Bohl und Bischof Joachim Reinelt, Musikalische Begleitung: **Thomanerchor**

Dienstag, 9. Juni

9.30 bis 16 Uhr:
Ganztägige Foren zu Grundsatzfragen des Älterwerdens

- Alter mit Engagement leben
- Alter in finanzieller Sicherheit leben
- Alter selbst bestimmt und umsorgt leben
- Alter mit beruflicher Erfahrung leben
- Alter selbstständig leben
- Alter aktiv leben – körperlich und geistig
- Alter im Dialog der Generationen erleben
- Alter schöpferisch leben

13.30 bis 14.10 Uhr:
Öffentliches Interview
mit dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering

16.30 bis 18 Uhr:
Podiumsgespräch „Infrastruktur für eine alternde Gesellschaft“
mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee

Mittwoch, 10. Juni

10 bis 12 Uhr:
Talk in Leipzig „Sozialpolitik ohne Generationenvertrag“,
Seniorenpolitische Podiumsdiskussion mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt

13 bis 16.30 Uhr:
Workshops

16.30 Uhr: **Konzert** des Polizeiorchesters Sachsen, musikalische Leitung: Torsten Petzold

Podiumsdiskussion der integ-Jugend des SoVD

„UN-Konvention – in Deutschland ohne Konsequenz?“

Am 26. März fand in der Bundesgeschäftsstelle des Sozialverband Deutschland eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „UN-Konvention – in Deutschland ohne Konsequenz?“ statt. Veranstaltet wurde die Diskussion von der integ-Jugend im Sozialverband Deutschland just an dem Tag des Inkrafttretens der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland.

Im Rahmen der Diskussion wurden diverse Fragen zur Umsetzung der UN-Konvention in Deutschland erläutert. Vor dem Hintergrund des Artikels 12 der UN-Konvention, der sich eingehend mit der Geschäftsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen befasst, wurde auch die Denkschrift der Bundesregierung kritisch beleuchtet. In dieser verweist die Bundesregierung auf die schon existierende Umsetzung des Artikels unter Bezugnahme auf die über hundertjährigen Paragraphen 104f des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Vonseiten der Podiumsvertreterin des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Stephanie Pagel, habe die Denkschrift in der vorliegenden Version nur einen inhaltlich sehr geringen Anteil bei der Umsetzung der UN-Konvention durch die Bundesregierung. Sie sei eher als ein Kompromissangebot an politische Vertreter zu sehen, die einer Umsetzung der UN-Konvention verhalten gegenüberstünden.

Ähnlich verhalte es sich mit der deutschen Übersetzung der UN-Konvention, die etwa das englische Wort „inclusion“ (Inklusion) mit „Integration“ übersetzt. Entscheidend sei jedoch gerade die englische Version der UN-Konvention.

Einig waren sich alle Teilnehmer darüber, dass „inclusion“ in der Konsequenz bei der Umsetzung der



Foto: Schlemmer

v. li.: Nico Hamkens (integ-Bundesvorsitzender), Stephanie Pagel (BMAS), Oliver Rehlinger (Moderator), Hubert Hüppe (CDU-Bundestagsfraktion), Sabine Häfner (Teilnehmerin der 7. und 8. Verhandlungsrunde zur UN-Konvention in New York).

UN-Konvention weitreichender sei als die deutsche Übersetzung mit dem Wort Integration. Dies sei vor allem wichtig für die Umsetzung des Artikels 24 der Konvention. Ein verpflichtendes inklusives Bildungssystem nach Art der UN-Konvention hätte weitreichende Folgen für das deutsche Bildungswesen. So müssten sich auch Sonderschullehrer in Zukunft daran orientieren, dass sie unterstützenden Regelschulen praktizieren würden, so Hubert Hüppe, Behindertenpolitischer Sprecher

der CDU-Bundestagsfraktion.

Zur Sprache kam zudem die Monitoringstelle zur Kontrolle der Umsetzung der UN-Konvention im Deutschen Institut für Menschenrechte. Während diese grundsätzlich positiv zu bewerten sei, müsse man jedoch erst einmal die Erfahrungen mit ihr abwarten.

Das Fazit aller Teilnehmenden war unisono, dass im Rahmen der Podiumsdiskussion inhaltlich konstruktiv und auf hohem Niveau miteinander diskutiert wurde. *mtf*

„Fight the crisis – put the people first!“ Demonstrieren Sie auf der Demo am 16.5.!

Liebe Freundinnen und Freunde im SoVD,



die Krise der Finanzmärkte hat die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession gerissen. Bereits jetzt leben ca. 15 Millionen Menschen in Deutschland in Armut – Tendenz steigend! Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise wird nur zu deutlich, welche unerträglichen Ausmaße der Sozialabbau in Deutschland angenommen hat.

Armut zeigt sich nicht mehr nur in den Suppenküchen und Obdachlosenasylen, sondern auch in Kindertagesstätten und Schulen, Seniorenzentren und Altenheimen. Jedes vierte Kind in Deutschland ist arm, weil seine Eltern nicht genug verdienen – sie arbeiten, ohne von ihrem Lohn leben zu können. Ein ausreichendes Einkommen aber ist Grundlage dafür, dass Kinder ohne Not heranwachsen, dass sie sich bilden, gesund ernähren und ohne Ausgrenzung aufwachsen können.

Langzeitarbeitslosigkeit, unterbrochene Erwerbsbiografien und Niedriglöhne stören schon jetzt den Generationenvertrag. Dass Minijobs zu Minirenten führen, ist längst kein Geheimnis mehr.

Wir wehren uns! Wir wehren uns gegen die Subventionierung von Arbeitgebern, die Sonderprofite durch Armutslöhne machen. Wir wehren uns gegen die Entsolidarisierung und Demontage des Sozialstaates zugunsten einer ungehemmt freien Wirtschaft. Wir fordern, dass Politik und Wirtschaft

wieder den Menschen in den Mittelpunkt stellen!

Demonstrieren Sie mit uns auf dem europäischen Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 16. Mai 2009 in Berlin!

Die Demo startet am 16. Mai, 11.30 Uhr, an Breitscheidplatz und Hauptbahnhof Berlin. Von hier aus werden die Demonstrationen zur Siegestraße ziehen, wo um 14 Uhr die Hauptkundgebung stattfinden wird.

Für die Anreise nach Berlin hat der DGB Busfahrten bzw. Sonderzüge organisiert. Wenn Sie an der Großkundgebung teilnehmen wollen, können Sie sich beim nächsten DGB-Regionalverband nach freien Plätzen in den Transportmitteln erkundigen. Eine Übersicht über die DGB-Regionen finden Sie unter www.dgb.de/dgb/regionen/regionen.htm. Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Landes- und Kreisverband!

Ihr Adolf Bauer,
Präsident Sozialverband
Deutschland (SoVD)

Experten befürworten stärkere Absicherung

500 Euro Grundsicherung für jedes Kind verlangt

Angesichts wachsender Kinderarmut verlangen Experten und Verbände eine eigenständige Grundsicherung für jedes Kind von 500 Euro im Monat. Sie soll die bestehende Familienförderung aus Kindergeld, Sozialgeld, Kinderzuschlag und BAföG ablösen.

Arbeiterwohlfahrt, Kinderschutzbund, GEW, pro Familia und namhafte Familienexperten präsentierten das neue Modell, mit dem Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern bis zum 27. Lebensjahr abgesichert werden könnten. Die Kosten von etwa 100 Milliarden Euro könnten nach dem Systemwechsel weitgehend aus den bisherigen Familienleistungen finanziert werden, argumentieren die Befürworter. *(dpa)*

SoVD sieht in Rentenerhöhung eine Ausnahme

Weitere Nullrunden drohen bei der Rente

Die Rentenerhöhung von 2,41 Prozent ist ein erfreuliches Signal für die Rentnerinnen und Rentner. Sie kommt durch eine sehr gute Lohnentwicklung 2008 und durch das Aussetzen des Riesterfaktors zustande. Aber damit wird die rentenkürzende Wirkung des Riesterfaktors in Höhe von 0,6 Prozent nur auf spätere Jahre verschoben. Die Rentenerhöhung ist eine Ausnahme – in den nächsten Jahren drohen weitere Nullrunden. Der SoVD fordert daher, die Rentenkürzungsfaktoren abzuschaffen.

Auch wenn die diesjährige Rentenerhöhung mit 2,41 Prozent so hoch ausfällt wie seit Langem nicht mehr, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den nächsten Jahren weitere Nullrunden ins Haus stehen. Die Große Koalition hat beschlossen, den rentenkürzenden Riesterfaktor 2008 und 2009 auszusetzen und die Rentenkürzung von je 0,6 Prozent in den Jahren 2012 und 2013 nachzuholen. Die Rentenkürzungen von 2008 und 2009 sind also nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Für die Rentnerinnen und Rentner bringt das zweimalige Aussetzen des Rentenkürzungsfaktors nur eine kurze Atempause.

Die Rentnerinnen und Rentner haben seit 2004 Kaufkraftverluste von mindestens zehn Prozent erlitten. Das gleicht auch die diesjährige Rentenerhöhung bei Weitem nicht aus. Und für die nächsten Jahre drohen weitere Kaufkraftverluste: Die verschiedenen Rentenkürzungsfaktoren wirken in den nächsten Jahren voraussichtlich so stark, dass die lohnorientierte Rentenanpassung ausgehebelt wird. Die Rentnerinnen und Rentner dürfen aber auf keinen Fall von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Deshalb müssen die Rentenkürzungsfaktoren weg!

SoVD-Jahresempfang in den Räumlichkeiten der Bundesgeschäftsstelle Sozialpolitik in Zeiten der Krise



Hans-Joachim Tümmler, SoVD-Bundesvorstand (li.), und SoVD-Präsident Adolf Bauer.



Inge Jefimov, SoVD-Bundesvorstand (li.), und MdB Karin Evers-Meyer, Behindertenbeauftragte der Bundesregierung.



Manfred Grönda (li.), SoVD-Präsidium, und Dr. Gerald R. Uhlich, SoVD-Bundesgeschäftsführer.

„Sozialpolitik in Zeiten der Krise“ – unter diesem inoffiziellen Motto fand am 24. März der Jahresempfang des Sozialverband Deutschland statt.

Knapp 200 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft waren der Einladung in die Räumlichkeiten der Bundesgeschäftsstelle in Berlin gefolgt und nutzten die Gelegenheit zum angeregten Austausch über die aktuelle Situation.

Großen Anklang fand die Ansprache von Franz Thönnies, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der zudem Grüße von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz überbrachte. Der Sozialstaat sei in Deutschland eine wichtige Instanz des Vertrauens, so Thönnies. „Dass wir abgesichert sind im Alter, gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit, nach Unfällen oder in der Pflegebedürftigkeit, ist eines der ganz wichtigen Versprechen, auf das wir unser Leben gründen.“ Ein Grundsatz, der dabei seines Erachtens wieder mehr in den Vordergrund rücken muss: „Wer sich anstrengt, der muss auch etwas davon haben. Es darf nicht sein, dass einige sich den ganzen Tag, den ganzen Monat auf der Arbeit richtig reinhängen und am Ende zur ARGE gehen müssen, um aufstockendes Arbeitslosengeld II zu beantragen. So eine Erfahrung zerstört Vertrauen.“



Franz Thönnies

wachsenen eine faire Chance auf eine gute Bildung und Ausbildung bekommen. Die soziale oder ethnische Herkunft darf dabei keine Rolle spielen. Und das Einkommen der Eltern auch nicht.“

Auch die Worte von SoVD-Präsident Adolf Bauer, der die Gäste in der Bundesgeschäftsstelle herzlich willkommen hieß, fanden bei den Anwesenden Zuspruch und Beifall. Bauer brachte es auf den Punkt, dass die Frage nach den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise diejenige sei, die viele Menschen derzeit am meisten beschäftigt. „Was mit faulen Krediten in den USA seinen Anfang nahm, hat sich zu einer weltweiten, dramatischen Krise entwickelt. Die Meldungen über Einbrüche vieler Unternehmen häufen sich und ein massiver Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit

steht zu befürchten. Große Teile der Bevölkerung sind stark verunsichert.“ Allerdings würden sich nicht alle negativen Entwicklungen der letzten Jahre auf die Finanzkrise schieben lassen, so Bauer. „Der schrittweise Abbau unserer sozialstaatlichen Ordnung durch umfangreiche Privatisierungen und Deregulierungen hat in vielen Bereichen zu den schlimmsten Folgen des Neoliberalismus geführt.“ Als Beispiel nannte der SoVD-Präsident unter anderem Banker und Manager, die ungeachtet der steigenden Armut auch von Kindern und Jugendlichen „ohne erkennbare Gewissensbisse Boni in einer Höhe in Anspruch nähmen, die von den meisten Haushalten nicht im Laufe eines kompletten Erwerbslebens erwirtschaftet werden könnten.“ Der SoVD dürfe und werde es jedoch nicht zulassen, dass die in harten Kämpfen errungenen sozialen Sicherungssysteme zugunsten eines ungebremssten freien Marktes ausgehöhlt würden. Dabei sperre sich der SoVD nicht gegen sinnvolle und zeitgemäße Reformen, betonte Adolf Bauer in diesem Kontext. „Der Kern all unseren Engagements ist die Überzeugung, dass das Sozialstaatsgebot nicht infrage gestellt werden darf: Nur ein starker Sozialstaat schafft die Voraussetzungen für sozialen Frieden. Dieser wiederum ist unerlässlich für eine funktionierende wirtschaftliche Gemeinschaft.“



Alle Fotos: Schlemmer

Von li.: SoVD-Präsident Adolf Bauer, MdB Andrea Nahles, Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages, SoVD-Bundesgeschäftsführer Dr. Gerald R. Uhlich, MdB Elisabeth Winkelmeier-Becker, Mitglied des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages, und Lothar Dufke, SoVD-Vizepräsident.



Von li.: Franz Thönnies, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Elvira Queiser, Geschäftsführerin des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland e. V., und Rainer Kluge, Behindertenbeauftragter des Landes Brandenburg im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie.



Adolf Bauer



Klaus Kirschner, Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD, und Adolf Bauer, Präsident des Sozialverband Deutschland.



Von li.: MdB Dr. Thea Dückert, Parlamentarische Geschäftsführerin B90/Grüne, Edda Schliepack, SoVD-Präsidium, Dr. Joachim Wander, CCB Charity Club Berlin mit Begleitung.



Von li.: Ernst Bernhard Jaensch, SoVD-Bundesvorstand, Claudia Tietz, Sozialverband Deutschland e. V., und MdB Maria Panzer, Bundesinitiative „Daheim statt Heim“.

Podiumsdiskussion in Bad Bramstedt über die Gesundheitspolitik

„Wir müssen die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellen!“

Diese Aussage von Dr. Ursula Engelen-Kefer, Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss des SoVD, traf genau den Nerv der über 120 Besucherinnen und Besucher, die zu einer vom Kreisverband Segeberg ausgerichteten Podiumsdiskussion nach Bad Bramstedt gekommen waren. Hauptthema war die aktuelle Gesundheitspolitik. Mit Engelen-Kefer diskutierten Dr. Rolf Koschorrek (CDU-Bundestagsfraktion), Dr. Wolfgang Wodarg (SPD-Bundestagsfraktion) sowie Sven Picker (Vorsitzender des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein).

Nach der Begrüßung durch Segebergs Kreisvorsitzenden Heino Woizick und den einleitenden Worten von Hans-Joachim Tümmler (stellvertretender Landesvorsitzender des SoVD Schleswig-Holstein) entsponn sich unter der Moderation von Sylvia Aust eine rege Diskussion, an der sich auch das Publikum beteiligte.

Sven Picker bezeichnete die 72 Millionen gesetzlich Versicherten

in Deutschland als die großen Verlierer der Gesundheitsreform, weil sie zwar die gesamte Infrastruktur bezahlen, aber im Krankheitsfall wesentlich schlechter behandelt würden als Privatpatienten. Die Verantwortung für diesen unhaltbaren Zustand liege bei den Politikern, die selbst nicht gesetzlich versichert seien und damit von den Folgen ihrer Beschlüsse überhaupt nicht betroffen seien.

Auch der SPD-Politiker Wolfgang Wodarg prangerte die Ungerechtigkeit des bestehenden Systems an und verwies darauf, dass es in Deutschland immer noch zu viele Krankenkassen gebe. Diese seien die eigentlichen Verursacher der Krise. Er forderte zu einem grundsätzlichen Nachdenken über die Existenz von privaten Krankenversicherungen auf: „Recht kann man ändern, wenn das Recht falsch ist. Die Finanzkrise hat uns allen vor Augen geführt, wie irrig der Weg der Privatisierung ist.“

Rolf Koschorrek verteidigte die gegenwärtige Konzeption mit den gesetzlichen und privaten Kassen und bezeichnete eine Abschaffung der Privatkassen als „illusorisch“. Der kritisierte Gesundheitsfonds sei kein bürokratisches Monster, sondern ein notwendiges Instrument zur Finanzierung des Gesundheitssystems. Die vom SoVD und der SPD bevorzugte Bürgerversicherung lehnte er als Modell eines „zentralistischen Staatsverständnisses“ ab.

Ursula Engelen-Kefer plädierte dagegen für die Auflösung des Gesundheitsfonds sowie der Kassenärztlichen Vereinigung und hob hervor, dass die Bürgerversicherung der einzige Weg sei, um die



Diskutierten engagiert miteinander (v. li.): Dr. Rolf Koschorrek, Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Ursula Engelen-Kefer und Sven Picker.

unerträgliche Ungleichbehandlung zwischen privat und gesetzlich Versicherten zu beenden. Letztlich müsse es darum gehen, so Engelen-Kefer weiter, dass die Menschen nicht mehr als Kostenfaktoren gesehen würden, sondern als Patienten ihre Würde zurückerhielten.

In seinem Schlusswort stellte Hans-Joachim Tümmler klar, dass der Gesundheitsfonds die Probleme im Gesundheitswesen nicht lösen werde. Auch die von der CDU favorisierte Kopfpauschale lehnte er ab. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sei es vielmehr nötig, die sogenannten Besser-

verdienenden an der solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems zu beteiligen.



Hans-Joachim Tümmler hielt Einführungsrede und Schlusswort.



Die zahlreich erschienenen Gäste beteiligten sich mit Hilfe der Moderatorin Sylvia Aust (li.) sehr lebhaft an der Diskussion.

Frauen im SoVD – das Thema

von Inge Jefimov
Mitglied des Ausschusses
für Frauenpolitik
im SoVD

Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch in einer Pflegeeinrichtung?

Tag für Tag sah ich mich mehr oder weniger schwerwiegenden Verletzungen der Menschenwürde ausgesetzt: Unter Missachtung der Privat- und Intimsphäre betreten unaufgefordert Wäsche- und Reine-machefrau oder Pflegepersonal das Zimmer – ohne anzuklopfen, ohne ein „Herein!“ abzuwarten. Saß ich auf der Toilette, nackt unter der Dusche oder hatte ich Besuch – egal. Manchmal hatte ich Glück und der ungebetene Gast fiel gleichsam unter leisem Klopfen mit der Tür in mein Zimmer.

Zudem musste ich mich fast täglich auf neue Gesichter meiner Überraschungsgäste einstellen. Und dies nicht, weil sich die Einrichtung den „Luxus“ einer hohen Personaldecke leistete, nein, es waren die vielen Gesichter aus Zeitarbeitsfirmen und von Teilzeitbeschäftigten. Schlechte Arbeitsbedingungen und schlechte Bezahlung fördern geradezu den steten Personalwechsel. Den Bewohnern wird damit ein Stück Verlässlichkeit und die Möglichkeit des Aufbaus eines Vertrauensverhältnisses genommen.

Dann der stete Kampf um die Achtung der eigenen Persönlichkeit: Plump werden die älteren Menschen größtenteils distanzlos geduzt und wie unmündige, kleine Kinder behandelt. Und warum gehört z.B. nicht auch die gleichgeschlechtliche Pflege, zumindest in Fällen, in denen dies ausdrücklich gewünscht wird, zur Selbstverständlichkeit? Gegenwehr findet in den wenigsten Fällen

Vier Jahre habe ich in einer Pflegeeinrichtung gelebt und bin mit offenen Augen durch diese Einrichtung gerollt. Viele Gespräche mit den anderen Bewohnern dort, aber auch mit Menschen in anderen Einrichtungen, haben in mir die Erkenntnis reifen lassen, dass meine persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse leider kein Einzelfall sind, sondern so oder ähnlich offensichtlich allgemein Gültigkeit haben.

statt – aus Angst vor Repressalien. Wer von den Heimbewohnern hat schließlich noch Angehörige, die sich kümmern? Sei es, dass es tatsächlich niemanden mehr gibt, der zumindest in der Nähe wohnt, sei es, dass die letzten familiären Bande spätestens mit dem Einzug ins Heim von den Angehörigen gekappt werden. Und dieser Umzug findet oft nicht freiwillig statt. Schnell geht's z.B. vom Krankenhausaufenthalt ins Heim. Dabei könnten viele der derzeitigen Heimbewohner ambulant in ihrer bisherigen, vertrauten Umgebung zu Hause verbleiben und betreut werden. Was hierfür fehlt, ist ein gut ausgebautes Netz ambulanter, wohnortnaher Versorgung. Selbstverständlich werden wir auch in Zukunft für bestimmte Personengruppen nicht auf stationäre Einrichtungen verzichten können. Hier ist jedoch dafür Sorge zu tragen, dass diese Häuser so klein als möglich gehalten werden, um so auch eine gewisse familiäre Atmosphäre bieten zu können. Auf jeden Fall muss auch sichergestellt sein, dass diejenigen, die es wollen, in ein Einzelzimmer ziehen können. Die standardmäßige Unterbringung in Doppelzimmern ist eine Zumutung. Damit wird im Alter auch der letzte Rest von Privatsphäre genommen. Ich habe in den Jahren einige

Menschen kennengelernt, die liebend gerne aus der stationären Einrichtung wieder ausgezogen wären in eine eigene Wohnung, die dieses auch bei entsprechend sichergestellter Pflege und Betreuung daheim schaffen könnten. Aber auf sich allein gestellt sehen sich diese Menschen unüberwindbaren Hürden ausgesetzt – behördliche Hilfestellung? Fehlanzeige! Dieses habe ich selber erfahren müssen: Vom Engagement und Verständnis des jeweiligen Sachbearbeiters im Sozial-/Grundsicherungsamt abhängig (wer von den Durchschnittsrentnern ist nicht zumindest auf ergänzende Leistungen angewiesen?) entscheidet sich mein weiterer Lebensweg. Ein den älteren Menschen ggf. „zur Seite“ gestellter Betreuer hat bei zwei Stunden bezahlter Betreuung pro Fall im Monat darüber hinaus auch nicht wirklich die Zeit, die nötig wäre, sich einzelfall- und situationsgerecht zu kümmern.

Ist eine stationäre Unterbringung unumgänglich oder entscheide ich mich (oder entscheiden sich mein Betreuer oder meine Angehörigen) bewusst für diese Wohnform, so müssen klare und verständliche Bewertungskriterien der verschiedenen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, die mir eine qualitätsorientierte Entscheidungsfindung ermöglichen.

ermöglichen.

In diesem Zusammenhang ist der jetzt gefundene Konsens, Pflegeheime einer vergleichenden Bewertung zu unterziehen und insbesondere diese auch offenzulegen, grundsätzlich zu begrüßen.

Auf den ersten Blick erscheint das System und die Idee einer Benotung von Pflegeheimen sinnvoll. Auch die Aufgliederung in 5 Bereiche und die Kriterienlisten erwecken zunächst den Eindruck, dass hier doch eine ganze Menge Punkte abgefragt werden. Knapp die Hälfte der Fragen (35 von 82) betreffen die pflegerisch-medizinische Versorgung. Nun werden auch 10 Fragen zum Angebot für Demenzzranke gestellt, 10 weitere Fragen zielen auf soziale Betreuungsangebote, 9 Fragen werden zum Bereich Wohnen, Verpflegung, Hauswirtschaft und Hygiene gestellt. Außerdem, was ganz neu ist, sollen Bewohner gefragt werden.

Bei näherer Betrachtung kommen jedoch starke Zweifel auf, dass sich auf diese Weise die Spreu vom Weizen trennen lässt. Selbst das menschlich schlechteste Heim dürfte in der Lage sein, die zur Erzielung guter Noten erforderliche Dokumentation vorzulegen. Geprüft wird nämlich einzig und allein, ob bestimmte Vorschriften eingehalten und eigentlich selbstverständliche Betreuungsan-



Inge Jefimov

gebote gemacht werden. In welcher Qualität diese erbracht werden und mit welchem Resultat, wird mit diesem Frage-Antwort-System nicht erfasst. Das Prüfverfahren bewegt sich einzig auf der Strukturebene. Folglich gibt die Note lediglich bekannt, inwieweit das Heim bestimmte Strukturrichtlinien erfüllt oder nicht. Damit ist keineswegs sicherzustellen, dass Häuser mit der besseren Pflegequalität auch die besseren Noten bekommen. Vielmehr besteht die Gefahr, dass Heime mit einer guten Ergebnisqualität schlechter abschneiden als solche, die hauptsächlich Wert darauf legen, im Falle der Prüfung die geforderte Dokumentation vorlegen zu können.

Es ist bedauerlich, dass die Chance vertan wurde, ein Bewertungssystem einzuführen, welches Anreize zur Verbesserung setzt und nicht alleine dazu führt, den Dokumentationswahn zu verstärken. Mit dieser Form der Bewertung werden die Verbraucher (Bewohner und Angehörige) förmlich in die Irre geleitet, wenn sie einer guten MDK-Bewertung vertrauen und nicht bedenken, worauf sich diese bezieht.

SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut Shantychor-Festival in Kirchweyhe

Insgesamt acht Shantychöre werden am 7. Juni bei dem ersten Shantychor-Festival in Kirchweyhe nahe Bremen auftreten. Das ganztägige Event auf dem Marktplatz dient dabei in erster Linie einem guten Zweck: Während der Eintritt für die Gäste kostenlos ist, werden diese lediglich zu einer Spende für das Projekt „Gut tun macht Schule“ in Kirchweyhe aufgerufen.

Initiatorin Rita Wegg, die den Einsatz von Senioren an Schulen in Kirchweyhe organisiert, möchte mit den Spenden entsprechende Aktivitäten unterstützen – etwa den Schulgarten und die Koch-AG, in der Schüler lernen, gesund zu kochen. Geplant ist auch ein gemeinsamer Tagesausflug von Senioren und Schülern, die in den Sommerferien nicht in den Urlaub fahren können.

Das Festival startet um 10 Uhr mit einer Ansprache des Weyher Bürgermeisters und einem Grußwort von SoVD-Präsident Adolf Bauer. Ab 10.30 Uhr werden die Seemannslieder erklingen. Mit von der Partie sind u. a. die „Leester Schlickrutscher“,

der Shantychor Bremen-Mahndorf und der Chor „Beckedorfer Schifferknoten“.

Zwischen den Auftritten der Musiker wird zudem mittags das Projekt „Gut tun macht Schule“ vorgestellt.

Von 14 bis 17.30 Uhr treten alle Chöre ein zweites Mal auf – zum Auftakt singen um 14 Uhr alle 300 Sängerinnen und Sänger gemeinsam das Friesenlied.



Hilfe für Kinder in Not: der Verein Kids Kiez in Berlin

Gleich auf zwei Veranstaltungen des Kreisverbandes Tiergarten-Wedding stand ein neuer Beitrag zur Aktion Gut tun – tut gut im Mittelpunkt: Gesina Gisa berichtete über den von ihr aufgebauten Kids Kiez e.V. in Charlottenburg, in dem Kinder und Jugendliche aus schwierigen Familienverhältnissen nach der Schule ein warmes Mittagessen, Hilfe beim Erstellen ihrer Hausaufgaben und Möglichkeiten zum kindgerechten Spielen bekommen.

Der SoVD Tiergarten-Wedding möchte eine Brücke zwischen den Generationen bauen und sich aktiv für den Verein Kids Kiez einsetzen.

Auch die diesjährige Faschings-

veranstaltung im Ratskeller des Rathauses Charlottenburg stand im Zeichen von Gut tun – tut gut: Neben einer ausgelassenen Karnevalsstimmung war auch hier die

Bereitschaft sehr groß, etwas für junge Menschen zu tun. Eigens zu dieser Thematik wurde ein Infostand angeboten, an dem gegen eine Spende für Kids Kiez selbstgekohtes Wein-gelee den Besitzer wechselte. Während die jüngsten Kinder gerade ihren neunten Geburtstag gefeiert hatten, war der älteste Teilnehmer der Faschingsfeier bereits 96 Jahre alt.



Demnächst wird auf dem Hoffest des SoVD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg für den Verein Kids Kiez e.V. geworben. Dieses findet am 26. Juni statt.

Bereits drei Jahre alt wird in diesem Frühjahr das „Sorgentelefon“ des Kreisverbandes. Jeden Mittwoch von 16 bis 18 Uhr steht das Team um Rita Krüger-Bieberstein in der dortigen Geschäftsstelle bereit, um besorgte Anrufe entgegenzunehmen oder Bürgerinnen und Bürgern mit Fragen und Nöten im Rahmen der Sprechstunde zu helfen. Seit dem Frühjahr 2006 wurden in diesem Rahmen bereits Dutzende von Gesprächen und Hunderte von Anrufen geführt. So manchem konnte geholfen werden, viele wurden neue Mitglieder des SoVD.



Engagiert sich für Kids Kiez e.V.: Rita Krüger-Bieberstein vom Kreisverband Tiergarten-Wedding.

Unterstützung für junge Mutter

Auch im Land Brandenburg setzen sich zahlreiche Mitglieder des SoVD aktiv für die Kampagne Gut tun – tut gut ein. So half erst kürzlich der dortige Bezirksverband Brandenburg-Ost einer jungen Mutter.

Nach der Geburt ihrer Zwillinge Natalie und Leonie benötigte die junge Mutter Daniela Viereckl aus Strausberg dringend Unterstützung im Haushalt. Nach einer Anfrage durch ihre Krankenkasse beim Bezirksverband Brandenburg-Ost konnte der nun dreifachen Mutter (die große Tochter ist fünf Jahre alt) schnell geholfen werden. Nancy Linder aus Strausberg erklärte sich bereit, der Familie im Haushalt und bei der Betreuung der Zwillinge zu helfen. Darüber war die Familie sehr dankbar. Als kleine Erinnerung an den Sozialverband bekamen die Zwillinge auch noch SoVD-Bärchen vom Bezirksvorsitzenden Hans-Jörg Ludwig geschenkt.



Daniela Viereckl freute sich über die Hilfe des SoVD – für den Nachwuchs gab es ein kuscheliges Rolandbärchen.

Aus der Rechtsabteilung

Anhängige Verfassungsbeschwerden

Um den Überblick über unsere laufenden Verfassungsbeschwerdeverfahren nicht zu verlieren, stellen wir an dieser Stelle nochmals kurz dar, zu welchen Themenbereichen derzeit Verfahren des SoVD beim Bundesverfassungsgericht geführt werden:

Drei Verfassungsbeschwerden, die gemeinsam von SoVD, VdK und DGB/IG BAU geführt werden, sind zu der Frage anhängig, ob Abschläge bei Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten zulässig sind oder nicht. Die Aktenzeichen lauten: 1 BvR 3588/08, 1 BvR 555/09 und 1 BvR 642/09. Da die Beschwerden gerade erst eingelegt worden sind, bitten wir um ausreichend Geduld. Bekanntlich können sich Verfahren beim Bundesverfassungsgericht über viele Monate, wenn nicht sogar Jahre hinziehen.

Zum Thema Rentenanpassung 2005 ist eine gemeinsame Verfassungsbeschwerde von SoVD und VdK anhängig, und zwar unter dem Aktenzeichen 1 BvR 79/09. Der SoVD beabsichtigt, demnächst eine weitere Verfassungsbeschwerde einzulegen, die sich neben der Rentenanpassung zum 1. Juli 2005 auch mit dem zeitgleich eingeführten Zusatzbeitrag in der Krankenversicherung in Höhe von 0,9 % befasst. Hier warten wir derzeit noch auf das schriftliche Urteil des Bundessozialgerichts.

Nach wie vor noch keine Entscheidung ist bei unserer Verfassungsbeschwerde in Sachen 58er-Regelung und ALG II ergangen. Wir hoffen aber, dass wir im Verlauf dieses Jahres Neuigkeiten vermelden können. Das Aktenzeichen beim Bundesverfassungsgericht lautet hier: 1 BvR 2628/07.

Abschließend weisen wir nochmals darauf hin, dass zum Thema Krankenversicherungsbeitrag auf Kapitalzahlungen aus Direktversicherungen noch eine Verfassungsbeschwerde der Gewerkschaften unter dem Aktenzeichen 1 BvR 739/08 anhängig ist. Hier geht es um die spezielle Frage, in welchem Umfang eine Beitragspflicht entsteht, wenn der zugrunde liegende Direktversicherungsvertrag zeitweise allein vom Arbeitnehmer (ohne Beteiligung des Arbeitgebers) finanziert worden ist. Wie bereits mitgeteilt, hatte das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 7.4.2008 die Beitragspflicht als solche für verfassungsrechtlich zulässig erklärt (AZ: 1 BvR 1924/07).



Foto: misterqm/photocase

Wir haben geholfen

SoVD setzt Altersrente wegen Schwerbehinderung durch

Mit Vollendung seines 60. Lebensjahres beantragte Robert A. (Name geändert) die Altersrente wegen Schwerbehinderung. Die Deutsche Rentenversicherung ignorierte jedoch seinen laufenden Schwerbehindertenantrag und wollte die Rente nur mit erheblichen Abzügen leisten. Die Sozialberatung Essen (Landesverband NRW) setzte sich erfolgreich für Herrn A. ein, der seit 2006 zu 50 Prozent schwerbehindert ist. Davor konnte er wegen verschiedener gesundheitlicher Probleme nicht mehr erwerbstätig sein. 2007 beantragte Herr A. bei der Deutschen Rentenversicherung die Altersrente wegen Schwerbehinderung. Parallel dazu beantragte er beim Versorgungsamt die rückwirkende Anerkennung seiner Schwerbehinderteneigenschaft in Höhe von 50 Prozent.

Den laufenden Antrag erkannte die Rentenanstalt aber nicht an – obwohl Herr A. mehrfach darauf hingewiesen hatte. Stattdessen teilte ihm die Deutsche Rentenversicherung mit, dass er nur mit einem Abzug von bis zu 18 Prozent in den Ruhestand gehen könne. Herr A. legte dagegen Widerspruch ein und wandte sich an die SoVD-Sozialberatungsstelle in Essen.

Da auch der Widerspruch nicht erfolgreich war, reichte Herr A. mit Unterstützung des SoVD vor dem Sozialgericht Duisburg Klage ein. Noch während des Verfahrens erhielt er den Bescheid des Versorgungsamtes: Seine Schwerbehinderung in Höhe von 50 Prozent wurde rückwirkend anerkannt.

Kreisgeschäftsführer Ottmar Janik schrieb daher an das Gericht: „Wird rückwirkend die Schwerbehinderteneigenschaft des Versicherten festgestellt, steht die Tatsache der Schwerbehinderung für den Rentenversicherungsträger bindend zu diesem früheren Zeitpunkt fest.“ Im Klartext: Die Rentenversicherung muss von diesem Zeitpunkt an die Altersrente wegen Schwerbehinderung anerkennen und eine entsprechende Rente mit geringeren Abschlägen bezahlen.

Das Engagement des SoVD war noch während des laufenden Verfahrens erfolgreich: Die Deutsche Rentenversicherung lenkte ein und bot Herrn A. ein Anerkenntnis an. Rückwirkend erhielt er die Altersrente wegen Schwerbehinderung zugesprochen. Der Abschlag betrug nun 10,8 anstatt 18 Prozent. Herr K. nahm das Anerkenntnis an und zog dann seine Klage vor dem Sozialgericht zurück. In einem Dankbrief an die Geschäftsstelle schrieb er: „Alles hat nun seine Richtigkeit. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.“

Mitglieder werben Mitglieder – ein mitgliederstarker Sozialverband erreicht mehr!

Beitrittserklärung

(Bitte in Blockschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen und per Post senden an: Sozialverband Deutschland e.V., Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin)

Name	Vorname
Straße	PLZ
Telefon	Ort
Geburtsdatum	E-Mail
SoVD Ortsverband	Eintritt in den SoVD am

Senden Sie mir die Mitgliederzeitung zu, durch:

Ortsverband Postversand

Monatsbeitrag:

Einzelbeitrag 5,00 Euro Partnerbeitrag 7,15 Euro
 Familienbeitrag 9,00 Euro

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

Einzugsermächtigung:

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland die laufenden Beiträge an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zu Lasten meines Kontos bis auf Widerruf abbucht.

Abruf:

1/4-jährlich 1/2-jährlich
 jährlich

ab	KontoinhaberIn
Konto	BLZ
Geldinstitut	

Der Sozialverband Deutschland hat für seine Mitglieder einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen. Um die Vergünstigung des Gruppenversicherungsvertrages zu erhalten, bin ich damit einverstanden, dass hierfür mein Name, mein Geburtsjahr und die Anschrift an den Versicherer weitergegeben werden.

nein ja

Ich bin einverstanden, dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in Publikationen des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

nein ja

Ort, Datum

Unterschrift

Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.

Geworben durch:

Name	1 Name und Geburtsdatum
Straße	2 Name und Geburtsdatum
PLZ, Ort	3 Name und Geburtsdatum
SoVD Ortsverband	4 Name und Geburtsdatum

Unterschrift (Bei einer Partnermitgliedschaft Unterschrift des Partners)

Jeder kennt einen, der zu uns gehört!

Fragen an die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD)

Privatversicherung als Armutsfalle

Eine böse Überraschung erleben manche Selbstständige, die seit Anfang dieses Jahres aus der privaten in die gesetzliche Krankenversicherung wechseln wollen. Beantragen sie zeitgleich Hartz-IV-Sozialleistungen, werden sie nach einem neuen Gesetz nicht automatisch Pflichtmitglied in der gesetzlichen Solidargemeinschaft.

In den Beratungsstellen der UPD häufen sich Fälle, die für die Betroffenen dramatische Folgen haben. Hier ein Praxisbeispiel aus der Kieler UPD-Beratungsstelle.

Der selbstständige Rainer F. betreibt einen Hausmeisterservice, den er vor ein paar Jahren als Ich-AG gegründet hatte. Auf Anraten seines Steuerberaters wählte er für sich und seine Familie die Mitgliedschaft in der privaten Krankenversicherung. Nachdem in den letzten Monaten die Geschäfte jedoch nicht mehr gut für ihn liefen, beantragte Rainer F. beim Jobcenter Hartz IV. Dabei konfrontierte ihn der Träger mit einer Neuregelung – dem Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG). Die Regelung gilt nur für Neufälle, also nicht für Personen, die bereits Leistungen bezogen haben und weiter beziehen. Doch das Gesetz wirkt sich auf die gesamte Familie aus, da aufgrund einer fehlenden Pflichtmitgliedschaft auch nicht mehr die Möglichkeit der Familienversicherung besteht.

In Betracht kommen in diesen Fällen nur eine private Kranken-

versicherung und die Beteiligung des Hartz-IV-Trägers an den Kosten. Im weiteren Gespräch eröffnete der Träger Rainer F., dass ihm zwar Hilfe zustehe, aber nur in der Höhe des Beitrages, den der Träger für Hartz-IV-Empfänger zahlt, die Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung sind. Das sind derzeit 118



Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) bietet bundesweit persönliche wie auch telefonische Beratung an. In den Landesverbänden Berlin-Brandenburg und Niedersachsen ist der SoVD einer der Träger der UPD.

Euro. Rainer F. muss aber selbst bei der Halbierung seiner Prämie an die private Versicherung wegen drohender Hilfsbedürftigkeit rund 250 Euro zahlen – allein für ihn ergibt sich damit eine Deckungslücke von 132 Euro; erhalten noch weitere Familienangehörige Sozialgeld und

sind auf die private Krankenversicherung angewiesen, wird alles noch teurer.

Aufgrund der gegenwärtigen Rechtslage stellt sich die Situation für Rainer F. und seine Familie als finanziell sehr belastend dar. Die Beratungsstelle in Kiel wandte sich an die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten in Schleswig-Holstein. Gemeinsam wird nun versucht, eine Lösung für die Familie zu finden. Personen, die in die Selbstständigkeit gehen wollen, sollten sich also genau überlegen, ob sie die Solidargemeinschaft der gesetzlich Krankenversicherten verlassen, um von möglichen niedrigeren Prämien der privaten Krankenversicherung zu profitieren. Läuft die Selbstständigkeit nicht rund, ist der Weg zurück in die Solidargemeinschaft jetzt nochmals erschwert worden – und der vermeintliche finanzielle Vorteil kehrt sich ins Gegenteil.

Weitere Informationen und hilfreiche Tipps finden Sie unter www.upd-online.de oder montags bis freitags von 10 bis 18 Uhr unter der kostenfreien Rufnummer 0800 / 0117722.

DVD-Tipp

Ein Herz und eine Seele

„Ein Herz und eine Seele“ – das ist der Titel einer Serie aus den 70er-Jahren, in der Heinz Schubert als schimpfender Spießbürger Alfred Tetzlaff den Deutschen Fernsehzuschauern die Welt erklärte. Der Erfinder dieser Figur, Wolfgang Menge, feierte vor Kurzem seinen 85. Geburtstag.

Mit den Geschichten um die Familie Tetzlaff schuf Wolfgang Menge das Sinnbild des deutschen Spießers. Das Publikum war begeistert von dem Familientyrann und seinen aberwitzigen Schimpfkanonaden. Politisch korrekt freilich war das nicht, doch gerade das macht noch heute den Reiz der Serie aus. Alfred Tetzlaff spricht die Dinge aus, wie sie seiner Ansicht nach nun einmal sind: „Die Regierung ist unfähig.“ Seine Frau Else, die „dusselige Kuh“, gehört in die Küche. Und Tochter Rita, die „alberne Gans“, hat mit SPD-Anhänger Michael eine „langhaarige, bolschewistische Hyäne“ als Schwiegersohn ins Haus geholt.

Während Alfred auf alles und jeden schimpft, benimmt er sich selbst oft gehörig daneben. Das merkt der erzkonservative Bild-Zeitung-Leser dabei jedoch nicht. Ebenso wenig, dass seine Familie den Haustyrannen und seine toll-dreisten Welt-erklärungen nicht wirklich ernst nimmt. Ob der Fernseher streikt, eine Nachbarin stirbt oder der kleingewachsene Alfred sich am Rosenmontag als Napoleon verkleidet: Bei jeder Gelegenheit entdeckt der Dauernörgler

Widrigkeiten, für die er etwa „Sozis“ oder die Menschen der „Ostzone“ verantwortlich macht.

Das besondere Erfolgsrezept der WDR-Serie war ihr Aberwitz: Obwohl die Figur des „Ekel Alfred“ so überspitzt war, erkannte nicht jeder sie als Karikatur. Manche konnten sich in ihrer reaktionären Weltsicht mitunter auch bestätigt fühlen.

Wolfgang Menge, der die Drehbücher für die Reihe verfasste, hatte bereits zuvor die Vorlagen für die Krimiserie „Stahlnetz“ geliefert. Die satirische Familienserie „Ein Herz und eine Seele“ beruht auf einer ähnlichen Reihe des britischen Fernsehsenders BBC.

Geboren am 10. April 1924, wuchs Menge zunächst in Hamburg auf. Viele Angehörige seiner jüdischen Mutter wurden im „Dritten Reich“ von den Nationalsozialisten ermordet. Während des Zweiten Weltkriegs machte Menge sein Abitur und wurde anschließend



Foto: studio hamburg/swr

Heinz Schubert sprach als „Ekel Alfred“ aus, was viele Deutsche allenfalls dachten.

zum Kriegsdienst einberufen. Nach dem Krieg arbeitete er als Reporter für das Hamburger Abendblatt. Später ging Menge als Auslandsreporter nach Ostasien. Zurück in Deutschland begann er Mitte der 60er-Jahre, Drehbücher zu schreiben. Später moderierte er auch selbst einzelne Talkshows. Wolfgang Menge, der sich von einem Schlaganfall im Jahr 2007 wieder erholt hat, lebt in Berlin und beging vor Kurzem seinen 85. Geburtstag.

Sämtliche Folgen von „Ein Herz und eine Seele“ sind nun auf DVD erhältlich: Studio Hamburg, EAN 4031778930172, insgesamt 8 DVD, 69,90 Euro.

Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges insgesamt drei DVD-Boxen. Bei Interesse schicken Sie eine E-Mail an: redaktion@sovd.de, bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stichwort „DVD-Tipp“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss: 15. Mai 2009.



Unterschiede zwischen Ost und West

Welche Rente wird wie berechnet?

Noch immer werden die Renten in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich berechnet – und darüber wird gestritten. Die Menschen scheren sich allerdings nicht mehr um die alten Grenzen. „Westler“ ziehen nach „drüben“ und umgekehrt. Welches Rentenrecht gilt da eigentlich für wen?

Über welche Regeln wird eigentlich gestritten?

Die Rentenansprüche, die ostdeutsche Arbeitnehmer erwerben, werden sowohl auf- als auch abgewertet. Zunächst zur Aufwertung: 2008 betrug der durchschnittliche Verdienst aller Versicherten im Westen 30 084 Euro und im Osten 25 437 Euro. Er war hier also um rund 18 Prozent niedriger. Um diesen Prozentsatz – genau: um einen Hochwertungsfaktor von 1,1827 – werden die Ost-Verdienste von 2008 für die Rente hochgewertet.

Sie können die Probe machen: 25 437 Euro multipliziert mit 1,1827 ergibt 30 084 Euro. So bekommt ein Versicherter aus den neuen Ländern, der genau den (niedrigeren) ostdeutschen Durchschnittsverdienst erzielt hat, deshalb dafür genauso einen vollen Entgeltpunkt für die Rente gutgeschrieben wie ein Beschäftigter aus den alten Ländern, der ein Einkommen in Höhe des westdeutschen Durchschnitts hat. Übrigens: Auch für 2009 ist der vorläufige Umrechnungsfaktor bereits festgelegt. Er beträgt 1,1868.

Auf- und Abwertung

Neben den Entgeltpunkten ist für die Rente aber auch der aktuelle Rentenwert ausschlaggebend. Dieser soll sicherstellen, dass sich die Renten etwa in gleichem Maße entwickeln wie die Verdienste der Beschäftigten. Und da die Verdienste im Osten nach wie vor im Schnitt deutlich niedriger sind, fällt der Rentenwert dort auch entsprechend niedriger aus. Hierdurch werden die Ost-Renten – anders als durch den Hochwertungsfaktor – nicht auf-, sondern abgewertet.

Derzeit sieht das Verhältnis so aus: Der aktuelle Rentenwert (Ost) beträgt 23,34 Euro – so viel bringt derzeit ein Entgeltpunkt im Osten. Der Rentenwert Ost ist damit um 3,22 Euro beziehungsweise 14 Prozent

niedriger als der im Westen geltende Rentenwert von 26,56 Euro. Im Juli 2009 soll die Rentenkluft zwischen Ost und West etwas geschlossen werden. Der Ost-Wert soll dann um 3,38 Prozent, der West-Wert dagegen nur um 2,41 Prozent steigen.

Für einen Arbeitnehmer aus dem Osten ergibt sich danach derzeit bei gleichem Verdienst (der aber bislang nur selten erreicht wird) per Saldo eine circa 4-prozentige Aufwertung seiner Rente gegenüber einem westdeutschen Kollegen.

Die wichtigsten Fragen und Antworten

Für welche Zeiten werden bei der späteren Rente Entgeltpunkte Ost zugrunde gelegt? Für alle Versicherungszeiten im sogenannten Beitrittsgebiet – also in den neuen Ländern und im (ehemaligen) Ostteil von Berlin.

Kommt es für Beschäftigte auf den Wohnsitz an? Nein, es zählt der Beschäftigungsort. Wer also im ehemaligen Westen Berlins wohnt, aber in einer nur 100 Meter entfernten Firma arbeitet, die im ehemaligen Osten liegt, für den gelten die „Ostregeln“.

Umgekehrt gelten also die „Westregeln“ für Ostdeutsche, die zur Arbeit in den Westen pendeln? Ja. Damit gelten für sie dann die höheren, aktuellen West-Rentenwerte. Das muss aber kein Vorteil sein. Denn gerade im ehemaligen Grenzgebiet sind die Löhne nicht unbedingt höher als im Osten. Der Westlohn wird aber nicht hochgewertet.

Was ist, wenn Beschäftigte in einem Jahr sowohl im Osten als auch im Westen arbeiten? Dann wird für die spätere Rente genau abgerechnet. Wenn in einen Monat sowohl West- als auch Ost-Beschäftigungszeiten fallen, gelten danach für diesen Monat die höheren West-Werte. Beispiel: Ein Arbeitnehmer arbeitet von Januar bis Mitte Juli in Sachsen und danach für eine Firma in

Bayern. Bei der Berechnung seiner späteren Rente werden für die ersten sechs Monate des Jahres Ost-Werte berücksichtigt und für die letzten sechs Monate West-Werte.

Was gilt für Zeiten der Arbeitslosigkeit mit Bezug von Arbeitslosengeld I? In diesem Fall kommt es darauf an, wo die Betroffenen vorher gearbeitet haben.

Was gilt für Bezieher von Arbeitslosengeld II? Hier gibt es einen einheitlichen Wert. Ein Jahr mit Arbeitslosengeld II erhöht im Osten wie im Westen die Rente gerade um 2,12 Euro. Da es im Osten – anteilmäßig – weit mehr Arbeitslosengeld-II-Bezieher gibt als im Westen, werden die Rentner von morgen in den neuen Ländern hierdurch häufig das Nachsehen haben.

Was gilt für Zeiten der Kindererziehung? Soweit die Kinder ab 1992 geboren wurden, werden in Ost und West jeweils die ersten drei Lebensjahre des Kindes bei einem Elternteil als Kindererziehungszeit anerkannt und bringen insgesamt drei Entgeltpunkte. Bei Kindern, die vor 1992 geboren wurden, gibt es nur einen Entgeltpunkt. Allerdings haben auch bei Kindererziehungszeiten die Entgeltpunkte einen unterschiedlichen Wert. Dabei kommt es nicht darauf an, wo die Kinder geboren wurden, sondern auf den Wohnort der Mutter (beziehungsweise des erziehenden Elternteils). Für eine Mutter, die ihren Wohnsitz in Ost-Berlin hat, zählt der Ost-Wert. Drei Jahre Kindererziehungszeit sind damit derzeit etwa 70 Euro wert. Nimmt sie eine Wohnung im Westen der Stadt, so werden ihr West-Werte zuerkannt, die Kindererziehungsjahre sind damit nach dem derzeitigen aktuellen Rentenwert knapp 80 Euro wert.

Was gilt für Zeiten der Angehörigenpflege? Genau das Gleiche. Es kommt darauf an, wo der Angehörige gepflegt wird. Wird er in den

neuen Bundesländern gepflegt, so ist die Angehörigenpflege für die spätere Rente weniger wert. Konkret: Eine Tochter, die ihren schwerpflegebedürftigen Vater (Pflegestufe 3) ein Jahr lang mindestens 28 Stunden pro Woche pflegt, bekommt für die spätere Rente 20,81 Euro gutgeschrieben, wenn die Pflege im „Westen“ oder im ehemaligen West-Berlin erfolgt. Im „Osten“ sind es dagegen nur 18,39 Euro.

Spielt es für Rentner eine Rolle, ob sie im Westen oder Osten wohnen? Nein. Die Rente wird einmal errechnet und jährlich angepasst. Bei Rentnern, die ihre Entgeltpunkte nur im Westen erworben haben, wird sie entsprechend der West-Werte ange-

passt – auch wenn sie im Osten wohnen. Anders sieht es aus, wenn es sich um eine Witwenrente handelt. In diesem Fall richtet sich der Freibetrag nach dem Wohnort und dieser Betrag ist im Osten niedriger.

rw/ihre-vorsorge.de



Foto/Montage: Rose

Bei der Berechnung der Rente gibt es noch immer Unterschiede zwischen Ost und West.

Sündenfälle der „Reformpolitik“ – Teil 4

Überprüfung notwendig

Ursula Engelen-Kefer, ehemalige Vize-Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), ist Vorsitzende des Arbeitsausschusses Sozialversicherung (SPA) im Sozialverband Deutschland. In kurzen Gastbeiträgen kommentiert die Politikerin Sündenfälle der „Reformpolitik“. Teil 4 thematisiert unten anderem die Folgen einer Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre.

Genauso wichtig sind die Verbesserung des Zugangs und das Niveau der Erwerbsminderungsrenten. Vor allem sind die 2001 eingeführten Abschläge bei vorzeitiger Inanspruchnahme wieder abzuschaffen. Der Eintritt in die Erwerbsminderungsrente beruht schließlich nicht auf freiwilligen Entscheidungen der Betroffenen. Besonders eng ist der Zusammenhang zwischen Arbeit und Rente bei der beschlossenen Heraufsetzung des Eintrittsalters in die gesetzliche Altersrente von 65 auf 67 Jahre zwischen 2012 und 2029.

Wichtig ist die vom Gesetzgeber verlangte Überprüfung 2010, ob die Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre aus Sicht des Arbeitsmarktes und der gesundheitlichen Situation der älteren Arbeitnehmer überhaupt möglich ist. Dies ist ein gesetzlicher Auftrag.

Nach allen bisher bekannten Entwicklungen und Untersuchungen sind die Voraussetzungen keinesfalls gegeben. Seit 2005 ist es zwar gelungen, die Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmer in Deutschland erheblich zu steigern. Ebenfalls ist die Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit unter den Älteren nennenswert zurückgegangen. Dies gilt vor allem für die Jüngeren unter den Älteren. Dabei ist es gelungen, auch die Beschäftigung der über 55-Jährigen zu verbessern.

Allerdings gilt dies nicht für die darüber hinausgehenden Altersgruppen. Nach wie vor ist die Erwerbstätigkeit der über 60-Jährigen mit durchschnittlich einem Drittel unterdurchschnittlich niedrig. Auch der Anstieg des Renteneintrittsalters auf im Schnitt etwa 63 Jahre bedeutet keinesfalls, dass die über 60-Jährigen länger im Erwerbsleben verbleiben. Vielmehr wird infolge der Reduzierung der gesetzlichen Möglichkeiten zum vorzeitigen Eintritt in die Altersrente sowie der hohen Rentenabschläge der Anteil der Älteren, die vom ALG II in die Armutsrente gehen müssen, in den nächsten Jahren erheblich ansteigen.

In den Betrieben herrscht nach wie vor Diskriminierung gegenüber der Einstellung der bereits über 50-jährigen Älteren. Betriebliche Maßnahmen der beruflichen Entwicklung und Qualifizierung älterer und älter werdender Belegschaften sowie ein ausreichendes Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagement sind mit Ausnahme weniger Leuchttürme vor allem in kleineren Betrieben völlig unzureichend und haben sich in den letzten Jahren auch nicht verbessert. Entsprechend würde die pauschale Heraufsetzung der gesetzlichen Altersgrenze nur zu einer weiteren Minderung des Rentenniveaus führen und die Gefahr der Altersarmut weiter erhöhen. Es ist daher dringend erforderlich, die Solidaritätsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Einführung der Erwerbstätigenversicherung und damit die Einbeziehung zunächst von Selbstständigen und Politikern zu verbreitern. Dann ist auch die Verbesserung der gesetzlichen Alterssicherung ohne bzw. ohne unzumutbare Anhebung der Beiträge zu ermöglichen. Ein Blick auf die andere Seite des Atlantiks zeigt, in welchem erschreckendem Maße der Kursverfall an den Börsen dort die Alterssicherung für Millionen von Menschen vermindert hat.

(Fortsetzung in einer der kommenden Ausgaben)



Ursula Engelen-Kefer

Neuer Kooperationspartner des SoVD

Besuch im Rhododendronpark

Der Rhododendronpark in Westerstede zählt nicht nur zu den größten Parks dieser Art in Deutschland, sondern auch zu den schönsten in ganz Europa. Seit Beginn des Jahres gehört der Park nun zu den Kooperationspartnern des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen.

Am 23. und 24. Mai findet im Rhododendronpark erstmalig der Aktionstag „Mensch im Park“ statt. Bei dieser Veranstaltung haben Organisationen, die im Bereich Menschen mit Behinderung tätig sind, die Möglichkeit, die Anlage als Ausstellungsfläche zu nutzen. Auch der SoVD-Ortsverband Westerstede wird an diesem Wochenende mit einem Informationsstand vertreten sein und die Arbeit sowie die Angebote des Verbandes vorstellen. Darüber hinaus gibt es ein buntes kulturelles Rahmenprogramm.

Auf einem weitläufigen Areal können sich die Besucher von dem vielfältigen Blütenmeer verzau-

bern lassen. Unter hohen Kiefern, Nadel- und Laubhölzern stehen zahlreiche Rhododendren, davon etwa 250 Wildarten, aber auch über 1000 Sorten aus eigener und fremder Züchtung. In ständiger Erweiterung

befindet sich der Schaugarten, in dem sich die Besucher einen Überblick über die verschiedenen Rhododendronarten, Blütenfarben und Variationen verschaffen können.

SoVD-Mitglieder erhalten gegen Vorlage ihrer Mitgliedskarte eine Eintrittsmäßigung und zahlen 4,50 Euro. Kinder und Jugendliche sowie Rollstuhlfahrer und Blinde haben freien Eintritt. Zugehörige Begleitpersonen zahlen den ermäßigten Einzelpreis.

Weitere Informationen: Rhododendronpark Hobbie, Zum Hullen 3, 26655 Westerstede, Tel.: 04488/2294, E-Mail: buero@hobbie-rhodo.de, Internet: www.hobbie-rhodo.de.



Die Frühlingspracht im Rhododendronpark in Westerstede lädt zu einem Spaziergang ein.

Christoph Drösser beantwortet Fragen des Alltags

Schlechte Augen durch das Tragen einer Brille?

Ich trage erst seit Kurzem eine Brille und habe nun von vielen Leuten gehört, dass meine Augen durch das Tragen einer Sehhilfe schlechter würden. Stimmt das?



die Augen im Lauf der Jahre altersbedingt schlechter werden, dann liegt das nicht an schlaffen Muskeln, sondern an der nachlassenden Flexibilität der Linse.

Die Mär, dass man Fehlsichtigkeit durch „Augengymnastik“ korrigieren könne, ist vor allem auf ein Buch von William Bates zurückzuführen, das 1920 erschien. Dessen Sehübungen haben aber ihre Wirksamkeit nie in wissenschaftlichen Studien unter Beweis stellen können. Die Augen können allerdings leiden, wenn ihnen die falsche Brille verpasst wird. Die deutschen Augenärzte warnen insbesondere vor sogenannten Prismenbrillen, die bei Kindern zu irreparablen Schäden führen können.

Der Gedanke hinter dieser Vermutung ist, dass durch eine Brille die Augenmuskulatur zu „faul“ werde und man sie deshalb nicht genügend trainiere. Das ist aber eine irrige Vorstellung, betonen die Verbände der deutschen Augenärzte und Augenoptiker. Ein Mensch hat eine Fehlsichtigkeit, wenn die Geometrie seines Augapfels so verzerrt ist, dass der Fokus des Bildes, das durch die Linse gebündelt wird, vor oder hinter der Netzhaut liegt – und nicht genau darauf, wo er eigentlich sein sollte. Das wird durch die „vorgeschaltete“ Linse der Brille korrigiert. Dadurch hat der Brillenträger etwa die gleichen Voraussetzungen wie ein Normalsichtiger. Und dessen Augen werden ja auch nicht schlechter, weil er zu faul wäre. Die Muskeln haben immer noch genug damit zu tun, die Linse auf nahe oder weiter entfernte Objekte „scharf zu stellen“. Wenn



österr. Gewichtseinheit	altnord. Sagensammlung	Feuerwerkskörper	Fluss durch Bocholt (NRW)	mündlicher Befehl	Amts-tracht	dt. Kabarettist (Jürgen von...)	münd- artlich: Ameise	Kose- form von Angela	Stadt im Allgäu	Zah- lungs- weise	ge- schmor- tes Obst	Stadt a. d. (Nieder- sachsen)
				14			langsam weniger werden					9
Ent- wässe- rungs- graben					nord. Götter- ge- schlecht		7		Stadt bei Reckling- hausen			münd- artl.: Gerber
an dieser Stelle		weibl. Kose- name				13	in den Wind gehen (seemann.)		straff gefüllt			
					Preis- vor- schlag			Ort auf Sylt	5		aroma- tisches Getränk	
Tennis- schläger	Richt- linie, Norm	verein- samt, allein		Ziererei					dt. Stadt am Rhein		Individual- transport- mittel	ehem. brasil. Fußball- star
Hand- werker- titel							1	hoher Offi- ziers- rang	Berg- mann			
					ritter- lich, höflich			Stadt in Thür- ringen			Gestade (poet.)	12
Region in Mecklen- burg-Vor- pommern		Fluss durch Braun- schweig		Ost- germa- nenvolk					süd- amerik. Gebirge		griech. Vorsilbe: fern	2
Uni- form- träger						nordd.: Rote Rübe		Empfän- ger am Ort				8
Winter- sport- gerät				10	ugs.: nein	Körper- teil			Kurzform: Bundes- republik Deutschl.	AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS ■ H ■ P ■ A ■ L ■ I ■ B ■ E ■ R ■ O ■ M ■ U ■ S ■ I ■ K ■ ■ N ■ E ■ U ■ S ■ O ■ I ■ L ■ L ■ E ■ U ■ F ■ F ■ K ■ K ■ ■ G ■ E ■ S ■ A ■ V ■ U ■ S ■ N ■ U ■ S ■ T ■ S ■ T ■ E ■ F ■ F ■ E ■ ■ S ■ T ■ T ■ R ■ A ■ B ■ A ■ T ■ T ■ E ■ H ■ I ■ T ■ Z ■ ■ A ■ N ■ I ■ S ■ A ■ D ■ K ■ R ■ O ■ E ■ T ■ R ■ Z ■ ■ D ■ S ■ E ■ X ■ P ■ O ■ N ■ A ■ T ■ ■ W ■ I ■ R ■ K ■ E ■ R ■ I ■ A ■ S ■ E ■ N ■ ■ K ■ O ■ E ■ H ■ A ■ S ■ E ■ N ■ ■ A ■ M ■ T ■ S ■ A ■ R ■ Z ■ Z ■ O ■ T ■ I ■ G ■ ■ K ■ L ■ A ■ T ■ E ■ R ■ ■ N ■ E ■ I ■ D ■ H ■ A ■ M ■ M ■ E ■ L ■		
ugs.f.: Halb- wüchsiger				4				Abk.: Dt. Bur- schenschaft				
						6	alte dt. Münze					
ein- faches Fahr- zeug		Ablass- predi- ger † 1519						Abk.: nieder- deutsch				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.
 Das Lösungswort zum Gewinnen wertvoller Buchpreise bitte einsenden an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Kreuzworträtsel, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Die Gewinner / -innen vom April

Kreuzworträtsel

Heinz Höner (Bielefeld); Anneliese Göttgens (Berlin); Günter Pieper (Diepholz)

Sudoku

Helmut Brzoska (Hillerse); Rüdiger Domke (Suhldorf); Margret Weiß (Groß Twülpstedt)

Buch-Tipp

Rita Kroll (Fleckbek); Ute Gottschalk (Celle); Edwin Schetting (St. Ingbert); Andrea Conath (Schleswig)
 Britta Börke (Stadthagen)

CD-Tipp

Gunda Inselmann (Schneverdingen); Werner Hoppert (Clausthal-Zellerfeld); Gisela Reese (Wremen)
 Angelika Witte (Düsseldorf); Günter Tschunke (Berlin)

Die Namen der Gewinner/-innen werden in der SoVD-Zeitung und im Internet veröffentlicht.

Das SoVD-Sudoku

Variante: LEICHT

3						1	4	7
			7	6				
5			1	4				8
9	8	5						1
2		7		8		4		9
	6					3	5	8
	2		1	7				6
			4		8			
7	1	8						4

Auflösung des Vormonats

6	3	8	5	4	9	1	7	2
7	2	5	8	3	1	9	6	4
1	4	9	2	7	6	3	8	5
2	7	1	4	6	8	5	3	9
5	6	3	9	1	2	8	4	7
9	8	4	3	5	7	6	2	1
8	5	7	1	2	3	4	9	6
3	1	6	7	9	4	2	5	8
4	9	2	6	8	5	7	1	3

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Variante: MITTEL

4	7					3	5	
1			9		2			
5	2					1		
7			3			5		
			2	7	1			
			8			6		1
			4				3	8
			4		9			5
1	2					4	7	

Auflösung des Vormonats

4	7	1	3	8	6	2	5	9
6	5	2	4	1	9	3	7	8
8	3	9	7	2	5	4	1	6
5	2	4	8	6	3	7	9	1
7	1	8	9	5	4	6	2	3
9	6	3	2	7	1	8	4	5
2	8	6	1	9	7	5	3	4
1	4	5	6	3	2	9	8	7
3	9	7	5	4	8	1	6	2

Um eines von drei Büchern zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: SoVD-Sudoku, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: sudoku@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.

Job weg wegen Verstoßes gegen Rauchverbot

Verstöße gegen das Rauchverbot im Betrieb können den Arbeitsplatz kosten: Das Landesarbeitsgericht Köln entschied in einem Urteil, dass die fristgerechte Kündigung eines Lagerarbeiters wirksam war, der mehrfach gegen das betriebliche Rauchverbot verstoßen hatte. Der Beschäftigte war zweimal mit einer Zigarette am Arbeitsplatz erwischt worden. In dem Lager des Lebensmittelproduzenten galt aber zum Schutz der Lebensmittel und aus Brandschutzgründen Rauchverbot. Nach einer Abmahnung erhielt der Mann die Kündigung (AZ: 4Sa 590/08).

Geschäftsführung und Betriebsrat hätten die Rücknahme der Kündigung vereinbart, wenn der Beschäftigte nicht mehr am Arbeitsplatz rauche. Nachdem der 53-Jährige zunächst weiter beschäftigt worden war, habe er jedoch erneut im Lager geraucht. Deshalb erhielt er nach 28 Jahren Betriebszugehörigkeit die endgültige Kündigung.

dpa

Die Frage des Monats

Im April hatten wir gefragt, ob die für das Jahr 2009 angekündigte Rentenerhöhung den Kaufkraftverlust der Renten zumindest teilweise ausgleicht. Beachtliche 95 Prozent der Leser glauben nicht, dass dieses Signal über die Bundestagswahl hinaus auch für die kommenden Jahre Bestand haben wird. Lediglich 5 Prozent waren anderer Ansicht.

Die Frage des Monats Mai: „Am 16. Mai findet in Berlin eine Demonstration gegen weiteren Sozialabbau statt (siehe Seite 2). Finden Sie es wichtig, den Protest gegen eine derartige Politik auf die Straße zu tragen?“

Besuchen Sie zum Abstimmen unsere Homepage www.sovd.de. Dort haben Sie auch die Möglichkeit, eine eigene Antwort zu formulieren. Die Redaktion wertet alle Antworten aus und bemüht sich, diese – eventuell gekürzt – in ihre Berichterstattung einfließen zu lassen.

Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger. Eine Empfehlung des SoVD für die vorgestellten Produkte ist damit nicht verbunden (Ausnahme: Eigenanzeigen des SoVD).

Internet (www.sovd.de); Geschichte des Sozialverband Deutschland / Sozialpolitik / Verbands-Dienstleistungen / Pressemeldungen / Wie werde ich Mitglied? E-Mail: kontakt@sovd.de

Impressum
 Die SoVD-Zeitung des Sozialverband Deutschland (SoVD) erscheint am 1. eines jeden Monats. Herausgeber: Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. – ehemals Reichsbund, gegründet 1917 – Sitz: Berlin. – Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Baars; Grafik/Bildbearbeitung: Steffi Rose; Redaktionsassistent: Roswitha Moldenhauer; Sitz: Stralauer Str. 63, 10179 Berlin (Berlin-Mitte, Rolandufer/Jannowitzbrücke), Tel.: 030 / 72 62 22-0, Fax: 030 / 72 62 22-145. Internet-Adresse: www.sovd.de. – E-Mail: redaktion@sovd.de. Die mit vollem Namen oder Verfasserzeichen veröffentlichten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben. Anzeigenverwaltung: U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Worpswede, Tel.: 04792 / 22 16, Fax: 04792 / 35 30. Zurzeit gilt der Tarif Nr. 30 vom 1. 1. 2006. Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel. Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel. Verbreitete Auflage, IVW, 1. Quartal 2009: 391 984 Exemplare.

Der Vermieter sollte höchste Priorität haben

10 Tipps zum Schuldenabbau

„Ich bin arbeitslos geworden und fürchte, bald Schulden machen zu müssen. Haben Sie Tipps für mich?“
Eines vorweg: Wer Schulden hat, der darf alles – nur eines nicht: verzagen. Niemand kommt allein wegen Schulden ins Gefängnis – auch wenn das manche Kreditgeber Ihnen vielleicht weismachen wollen. Wir helfen Ihnen, von Schulden herunterzukommen, mit diesen zehn Tipps:

1. Es hört sich banal an, kann aber dazu beitragen, Ordnung zu schaffen: Legen Sie ein Haushaltsbuch an! So sehen Sie schwarz auf weiß, was Sie wofür ausgeben – und wo es möglich ist zu sparen.
2. War es nicht schon lange Ihr Plan, ein kostenintensives Laster aufzugeben – etwa das Rauchen? Eine Schachtel Zigaretten kostet inzwischen rund 4 Euro. Allein mit 30 malgenommen, ergibt das 120 Euro im Monat. Das wissen Sie natürlich längst selbst...
3. Ehe Sie Ihr Geld zur Bank tragen, um Schulden zu tilgen, überweisen Sie es Ihrem Vermieter! Sie riskieren sonst (schon bei zwei rückständigen Monatsmieten) Ihre Wohnung. Und das kostet naturgemäß zusätzlich.
4. Beziehen Sie Sozialleistungen, etwa Arbeitslosengeld, Krankengeld oder Rente, so holen Sie Überwiesenes unbedingt während der ersten sieben Tage nach dem Eingang auf Ihrem Konto von der Bank ab. Nur in dieser einen Woche ist es vor Pfändungen garantiert sicher.
5. Zahlen Sie, wenn mehrere Gläubiger Ihr Geld haben wollen, nicht

- an den zuerst, der Sie am meisten bedrängt. Verhandeln Sie mit allen und stellen Sie einen „Sanierungsplan“ auf. Verteilen Sie danach Zahlungen, die Sie sich trotz Ihres geringen Einkommens leisten können. Machen nicht alle Gläubiger mit, so können Sie immer noch das „Verbraucherinsolvenzverfahren“ einleiten.
6. Erst prüfen – dann zahlen! Auch wenn sich die Rechnungen häufen: Stellen Sie in Ruhe fest (oder lassen Sie feststellen), ob der geforderte Betrag stimmt, ob die berechneten Gebühren berechtigt sind, ob die Zinsen nicht zu hoch angesetzt wurden (im Regelfall dürfen es derzeit 6,62 Prozent sein – 5 Prozentpunkte über dem sogenannten Basiszinssatz von 1,62 Prozent).
7. Gehen Sie dubiosen Kreditvermittlern nicht auf den Leim! Finger weg von Kleinanzeigen, die Ihnen „Bargeld sofort – ohne Schufa!“ versprechen! Sonst haben Sie möglicherweise bald mehr Schulden als vorher. Auch private Kreditvermittler haben kein Geld zu verschenken und arbeiten regelmäßig teurer als Banken.

8. Vertrauen Sie sich einem Schuldnerberater an. Das können Mitarbeiter der Verbraucherberatungsstellen oder einer sozialen Hilfsorganisation sein (z.B. Diakonie, Deutscher Caritasverband). Allerdings müssen Sie hierfür Wartezeiten von mehreren Wochen einkalkulieren.
 9. Reagieren Sie unbedingt auf einen Mahnbescheid, auch wenn Sie ihn für unberechtigt halten – sei es, dass die geforderte Summe zu hoch ist oder Sie die Rechnung schon beglichen haben. Tun Sie dies nicht innerhalb von zwei Wochen, kommt ein „Vollstreckungsbescheid“ und danach der Gerichtsvollzieher – ohne eine vorherige Prüfung.
 10. Wenn gar nichts mehr geht, können Sie das „Verbraucherinsolvenzverfahren“ einleiten und die „Restschuldbefreiung“ beantragen. Sprechen Sie darüber mit einem Schuldnerberater, der Sie dabei unterstützen wird.
- Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung informiert im Internet unter www.meine-schulden.de/Ratgeber ausführlich über Schulden – und wie man ihrer Herr werden kann.* W.B.

SoVD und Charity Club Berlin präsentieren Konzertreihe

Benefizkonzert „Sommerwind“ am 21. Juni

Bereits im September 2006 wurde der Charity Club Berlin (CCB) gegründet. Dem gemeinnützigen Verein ist es seitdem in Kooperation mit dem Sozialverband Deutschland wiederholt gelungen, die bekanntesten Orchester der Bundeswehr für die Konzertreihe „Uniform in Concert“ zu verpflichten. Die nächste Veranstaltung findet am 21. Juni um 11 Uhr im Großen Sendesaal des Rundfunks Berlin-Brandenburg, Masurenallee 8-14, statt. Das Matinee-Konzert „Sommerwind“ wird gestaltet durch das Luftwaffenmusikkorps 1 unter Leitung von Oberstleutnant Hans Orterer. Das international renommierte Orchester spielt unter anderem Stücke von Johann und Joseph Strauß, Leonard Bernstein, Giuseppe Verdi und Gioacchino Rossini. Karten können zum Stückpreis von 20 Euro bei Sebastian Marggraf vom CCB-Kartenservice bestellt werden, Tel.: 030/61504756, E-Mail: tickets@charity-club-berlin.de. Alle Konzerte sind Benefizveranstaltungen, deren Reinerlöse den zufließen, denen sich der Club in seiner Satzung verpflichtet hat.

Das Konzert kann auch im Rahmen einer Reise in die Hauptstadt vom 20. bis 21. Juni besucht werden. Verbunden hiermit ist die Möglichkeit, die landschaftlichen und kulturellen Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt zu entdecken sowie der Bundesgeschäftsstelle des SoVD einen Besuch abzustatten. Der Reisepreis beträgt 174 Euro pro Person (Einzelzimmerzuschlag: 25 Euro). Nähere Informationen: comfotClient/a.x.s. Reiseveranstaltung, Chodowieckistraße 2, 10405 Berlin, Tel.: 030/44036412, Fax: 030/44651632, E-Mail: axs@kontaktours.de.

Personalien



Inge Jefimov, SoVD-Bundesvorstandsmitglied und Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Hamburg, feiert am 15. Mai ihren 70. Geburtstag.

Gesucht und gefunden in der Zeitung des Sozialverband Deutschland

Brekum – Nähe Husum (Nordsee) – gepflegtes EFH, ebenerdig, seniorengerecht in ruhiger Lage, von privat ab sofort zu vermieten. Ca. 130m² Wohnfläche, 5 Zi., EBK, HW-Raum, Bad (Du., Wc., WC, Bidetl), G-WC, Diele, überdachte Terrasse (24m²) Doppel-Garage, Boden ca. 130m², Garten ca. 600m², KM 550,- €, NK ca. 110,- € + Heizung ☎ **04671/4572 (AB)**

Bungalow – ebenerdig u. barrierefrei – In Kirburg (nahe Bad Marienberg), Westerwald, zu verk. Bj. 1979, Satteldach, 4 Zim., Größe 84m², Grundst. 700m², Garage, Nachtspeicher, Preis: 119.000 €
Kontakt: Rolf Wowerit - Passmannweg 20 44149 Dortmund

Weihnachten ist vorbei! Gehfähiger E-Rollifahrer, gesch., keine Kinder und ohne Internet, 51 J. sucht nette, aufgeschlossene Frau zwecks Partnerschaft. Sie soll Verständnis für Menschen mit Handicaps haben. Hobbies vielseitig! Welche Frau hat Mut und schreibt mir. Bin 180cm gross mit Oberlippenbart!
Zuschriften unter Chiffre. Zuschriften bitte mit Bild! Bildzurückgarantie! Chiffre 2682

IN RUHE GESUCHT, DAS BESTE GEFUNDEN, IN DER SoVD-ZEITUNG!

ABEG Treppenlift GmbH
 Hier erhalten Sie alle Informationen über Treppenlifte/Plattformlifte, bundesweit, **kostenlos** und unverbindlich!
www.abeg-treppenlift-gmbh.de
☎ 0800/399 80 30
 0,0 Cent/min. **SoVD** Kooperationspartner des Sozialverband Deutschland

Treppenlifte ab 2.500,- €
Elektromobile ab 1.498,- €
☎ 0 50 53 / 12 28
www.treppenliftservice.de

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen
 An die Zeitung des **SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND** (SoVD), Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, Postfach 12 66, 27723 Worpswede

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen“ (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen“), pro Zeile 5,95 Euro incl. 19% MwSt.
 Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname _____
 Straße und Nr. _____
 PLZ _____ Wohnort _____

Ich ermächtige die ZEITUNG DES SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD)-Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank / Postscheckamt _____ in: _____
 Bankleitzahl _____
 Konto-Nr. _____
 Datum _____ Unterschrift _____
 Der Text meiner Anzeige: _____ Ausgabe _____

Mindestgröße 2 Zeilen = 11,90 Euro	incl. 19% MwSt.
3 Zeilen = 17,85 Euro	incl. 19% MwSt.
4 Zeilen = 23,80 Euro	incl. 19% MwSt.
5 Zeilen = 29,75 Euro	incl. 19% MwSt.
je weitere Zeile = 5,95 Euro	incl. 19% MwSt.

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörtern am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 38 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 5,35 Euro pro Anzeige incl. MwSt.

VITAL Elektromobile
 Hersteller

 TÜV
 Reichweiten bis zu 100km
 6 bis 15km/h
 Führerscheinfrei
 *Preis bezieht sich nicht auf das abgebildete Modell
Kostenlosen Prospekt anfordern!
Tel. 02351/953060
 EAT Gundermann GmbH SoVD
 Hohe Steinert 33, 58509 Lüdenscheid

Ihr Bruch
Spranzband - 60
 Ohne Feder, ohne Schenkelriemen, mm-genau einstellbar. Seit 90 Jahren im In- und Ausland viel-100.000-fach bewährter Vollschutz bei Leisten-, Hoden-, Nabel- und Bauchwandbrüchen.
 Ausschn. u. einsenden - Prosp. 30 gratis
SPRANZ GmbH, Postfach 9153, D-73416 Aalen
www.spranzband.de

Er, 62 Jahre, 165 sucht nette Frau, mollig bis sehr mollig für eine feste Dauerfreundschaft **Chiffre 2018**

Treppenlifte
 neu und gebraucht
Qualität zu günstigen Preisen.
 Kostenloses Angebot: 0,09 EUR/min
Tel. 0180 - 35 36 37 1
 Ihr regionaler Partner in:
 Hamburg
 Schwerin
 Bremen
 Hannover
 Bielefeld
 Dortmund
 Köln
 Frankfurt
 Stuttgart
 Augsburg

Männer über 50
 ...die wissen, was sie in einer befriedigten Partnerschaft wollen, nehmen Eumel-Bull-Kraft-NE Dragees, denn Liebe ist keine Frage des Alters. Mit **Rinderhodendipulver** zur **Stärkung** ohne Nebenwirkung.
 1 Packung € 28,- inkl. Versandkosten.
 Jetzt bestellen – erst in 14 Tagen bezahlen.
Otto Blocherer · Abt. 1 · Friedensstraße 4
Tel. 0821/43 45 57 · 86391 Stadtbergen

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,- € Anlieferung mögl. ☎ **0 51 08 / 92 54 96**

Antworten auf Chiffre-Anzeigen unter Angabe der Chiffre-Nr. an: Anzeigen-Verwaltung U. Struckmeyer Postfach 12 66 27723 Worpswede

Anzeigenverwaltung SoVD Zeitung
 U. Struckmeyer
 Postfach 12 66 · D-27723 Worpswede
 Tel.: 0 47 92/22 16 · Fax: 0 47 92/35 30
 E-Mail: u.struckmeyer@t-online.de

Die Bundesschatzmeisterin

Vorsicht bei billigen Telefontarifen!

Viele Menschen wollen die teilweise hohen Telefongebühren ihres jeweiligen Anbieters dadurch umgehen, dass sie die Nummern sogenannter Call-by-call-Anbieter

vorwählen. Diese werben oftmals mit geringen Verbindungsentgelten, die sich gerade für Vieltelefonierer lohnen. Doch Vorsicht: Die jeweils verlangten Entgelte können sich von

einem Tag auf den anderen ändern! Was gestern noch spottbillig war, kann also schon morgen horrend teuer sein.

Verbraucherschützer fordern bisher vergeblich eine Verpflichtung der Anbieter, die aktuell gültigen Preise vor jeder Verbindung anzugeben. Solche Preisangaben sind bisher nur bei Sonderrufnummern mit der Vorwahl 0900 vorgeschrieben. Bei Telefongesprächen mit Billigvorwahlen dagegen ist solch eine Ansage bisher freiwillig. Damit Sie nicht erst aus allen Wolken fallen, wenn Ihnen eine ungewöhnlich hohe Telefonrechnung ins Haus flattert, sollten Sie generell nur solchen Anbietern Ihr Vertrauen schenken, die Ihre Preise vorher offen kommunizieren. Wer häufiger telefoniert, sollte zudem über einen Pauschalpreis nachdenken. Nähere Informationen gibt es bei den verschiedenen Anbietern. *Ihre Ingeborg Saffe*

Broschüre zur inklusiven Bildung erschienen

Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland verpflichtet, ein inklusives Schulsystem zu verwirklichen. Inklusion erfordert ein radikales Umdenken: Nicht mehr der behinderte Mensch muss sich anpassen, vielmehr müssen sich die Strukturen so ändern, dass Menschen mit Behinderungen von Anfang an einbezogen werden.

Die Broschüre „UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen – Inklusiv Bildung verwirklichen“ kann unter www.sovd.de (Menüpunkt Broschüren) als pdf-Datei kostenlos heruntergeladen werden.



Gustav-Heinemann-Bildungsstätte

Interessante und lehrreiche Seminare im Frühjahr

Die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente, Kooperationspartner des SoVD, bietet auch in diesem Sommer wieder interessante und lehrreiche Seminare an. In der Zeit vom 15. bis 19. Juni erfährt man dort Wissenswertes über das Thema „Sterben und Tod in der modernen Gesellschaft: Vom Aufbrechen eines Tabus“.

Vom 20. bis 30. Juli steht ein großes Sommerseminar (nicht nur) für Senioren auf dem Programm. Das Motto der Veranstaltung: „Selbstbestimmt und sicher im dritten Lebensabschnitt“.

Sogar zweimal können sich Interessierte über Ursachen, Auswirkungen und Konsequenzen der globalen Wirtschaftskrise aufklären lassen. Die Seminare zu diesem Thema finden vom 10. bis 15. August sowie vom 7. bis 11. September statt.

Alle aufgeführten Seminare können für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Berlin, Niedersachsen, Brandenburg oder Hessen beschäftigt sind, als Bildungsurlaub gebucht werden. Die Mitglieder des Sozialverband Deutschland erhalten bei Anmeldungen zu den Seminaren einen Preisnachlass auf den jeweiligen Teilnehmerbetrag in Höhe von zehn Prozent.

Nähere Informationen über das Seminarangebot und das Tagungshaus gibt es im Internet unter www.heinemann-bildungsstaette.de oder direkt bei der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Schweizer Straße 58, 23714 Bad Malente-Gremsmühlen. Ansprechpartnerin ist Sabine Jansen, Tel.: 04523/8809711, E-Mail: sj@heinemann-bildungsstaette.de.

Lüneburger Heide

GÄSTEHAUS BAD BEVENSEN

FÜRST DONNERSMARCK-STIFTUNG

NEU:
mit Vital-
Zentrum

KENNENLERN-TAGE

- 2 Übernachtungen
- 2 x reichhaltiges Frühstücksbuffet
- 1 x Eintritt in die Jod-Sole-Therme

p P. im DZ ab EUR **99,-**

Preis zzgl. Kurtaxe
EZ-Zuschlag EUR 6,50 / Nacht
HP-Zuschlag EUR 12,00 / Nacht
Reisezeitraum 2009, außer 16. bis 20.7.2009

Wir heißen Sie herzlich in unserem barrierefreien Gästehaus in der reizvollen Lüneburger Heide willkommen. Hier können Sie sich erholen und entspannen. Stärken Sie Ihre Gesundheit durch die kostenfreie Nutzung unseres Vital-Zentrums. Es erwarten Sie: Sport- und Gymnastikprogramm, Sauna, Dampfbad und vieles mehr.

Gästehaus Bad Bevensen | Alter Mühlenweg 7 | 29549 Bad Bevensen
Tel. (05821) 959 0 | gaestehaus@fdst.de | www.gaestehaus-bad-bevensen.de

URLAUB, DER SIE BEWEGT. BARRIEREFREI.

FÜRST DONNERSMARCK-STIFTUNG

FeWo 3* Luftkurort Ebstorf 2-3 Personen ab 26,- € incl. Endrg. ☎ **0 58 22 / 32 12**

BAD BEVENSEN FeWo in ruhiger, zentraler Lage zwischen Kurpark und Fußgängerzone ☎ **0 58 21 / 9 88 00**

Gemüt. FeWo, 2 Zi., Küch.z., Terr. Fahr. kostentl., Hermannsburg OT ☎ **0 50 52 / 36 95**

Gemüt. FeWo, 3 Zi., Kü-Du-Wa-Bad 2-5 Pers. direkt am Naturschutzgebiet ☎ **0 41 75 / 308**

Bad Bevensen: Urlauben i. schönsten Jod-Sole-Heilbad: 5 UF, 1x Baden/Therme, 1 Massage, 169,- € p. Person, HP möglich ☎ **0 58 21 / 9 80 50**

Franken

Bei Bamberg Mittl. Berge. eig. Metzg., Angeln, 8 Tage HP ab 199,- € ☎ **0 95 35 / 241**

Italien

FERIEN BEI MERAN
Süd Zimmer Du/WC, UF, Balkon. Bei 10 Tagen 17 €.
Rufen Sie an unter der
Nr. **0039 / 0473 / 96 72 60**

Sauerland

Zum Urlaub ins Hochsauerland
nahe Willingen, Winterberg, Medebach, freundl. Zimmer Du/WC, VP 31,- €. Pension Hellwig.
Tel. **0 29 82 / 6 50** www.bauernhofpension.de

Westerwald

Hotel Rückert

Ankommen. Abschalten. Aufleben.

Hallenbad · Sauna · Infrarotkabine · Lift · Komf.zim. · Fr.buffet
Herrliche Gegend zum Wandern, schöne Ausflugsziele
Übernachtung/HP 36,- € pro Person/DZ - EZ 39,- €
Erbacher Straße 8 · 57647 Nistertal/Ww.
Tel. **0 26 61 - 24 24** · www.hotel-rueckert.de

Teutoburger Wald

Bad Salzuflen, Kurparknähe
Haus Germania
EZ 32-47,50 €, DZ 29-45,50 €
Bitte erfragen Sie unsere Sonderangebote für die Nachsaison
Ihre Familie Mallnitz ☎ **0 52 22 / 124 53**
www.hausgermania.de

Reisetipp

26789 Leer/Ostfriesland, Ferienhaus b. max. 9 Pers., unten barrierefrei u. behindertenfreundlich! Zum Teil seniorengerechte Betten, incl. Bettwäsche und Handtücher 2 Pers. ab 50,-/Tag
Info unter: www.haus-leer.de oder ☎ **04 91/33 26**

Dresden: FeWo, 50m² im Grünen, 2 DZ, ruhig, Stadtnähe, 18,- € pro Person.
☎ **03 51 / 2 69 02 32** · www.ferienwohnung-leuthold.de

SCHÖNEN URLAUB WÜNSCHT DAS SOVD-TEAM

Österreich

HOTEL POST STEEG LECHTAL
A-6655 Steeg · ☎ +43-5633-5307 · Fax 5307-37
Fam. Obwegeser · hotel@poststeeg.at · www.poststeeg.at

- Perfekter Ausgangspunkt für viele Aktivitäten vor Ort – mit der Lechtal-Aktiv-Card Busse, Bergbahnen gratis
- Ausflugsziele vor Ort: Lech, Zugspitze, Königsschlösser, Silvretta, Bodensee, Schweiz-Samnaun, Vaduz
- 40 Komfortzimmer, Lift, Sauna, Bergfrühstück, Musik-, Spezialitätenabende, Terrasse, Garten, Fahrräder
- Neues Erlebnisbhallenbad vis à vis!

inkl. HP ab € 38,- p.P. - Freiplatz 20/1. Gerne laden wir Sie zum „Schnupperwohnen“ ein; maut- und staufreie Anreise.



Hotel Schrofenstein** Fam. Peter Völk**
A-6500 Landeck - TIROL - Österreich
Telefon: **00 43 / 54 42 / 6 23 95** · Fax **6 49 54-55**
Homepage: www.schrofenstein.at

Die **WIRTSFAMILIE VOLK**,
4 Sterne und **150 Jahre Gastlichkeit**
sind **Garant für beste Qualität**

★ **IM SOMMER: DER ZENTRALSTE PUNKT FÜR IHRE AUSFLUGSFAHRTEN!** ★
im Dreiländereck mit Süd-Tirol (Italien) und der Schweiz

Kommen Sie in das GANZJÄHRIG NEBELFREIE Tiroler Oberland mit seiner eindrucksvollen Bergwelt

★ **IM WINTER: DER ZENTRALSTE PUNKT FÜR EINE SKISAFARI** ★
die schneesichersten Skigebiete liegen direkt im nahen Umkreis
Ischgl/Samnaun – St. Anton/Arberg, Serfaus-Fiss, unser Hausberg Venet

SUPERGRUPPENPREISE für Halbpension ab 38,50 € pro Person pro Tag!
Ab 16 zahlenden Personen = 1 Freiplatz; ab 32 zahlenden Personen = 2 Freiplätze;
ab 46 zahlenden Personen = 3 Freiplätze!

Für Sie wichtig... bei uns gibt's **GENÜGEND EINBETTZIMMER** zu einem **geringen Aufpreis**

Geme beraten wir Sie bei der Programmstellung und laden Sie zu uns ein.

Unübertroffenes Preis-Leistungsverhältnis. WIR HALTEN WAS WIR VERSPRECHEN!

Wirkliche Erholung im "Gasthaus zur Eiche" Pension-Bäckerei Georg Oetzmann, 29553 Edendorf bei Bad Bevensen. Freundliche Gast- und Clubzimmer mit Farb-TV, gemütliche Fremdenzimmer alle Du/WC, Liegewiese, Gartenlaube, waldreiche Umgebung
ÜF 21,- € · HP 27,- € · VP 33,- € · Neu: Komfort Fewo 56m² Parterre, barrierefrei, Terrasse, 2-3 Personen ab 30,- € · Prospekt bitte anfordern! ☎ **0 58 23 / 75 60**

Rhein / Mosel

Urlaub am Rhein im Tal der Loreley
In unserem familiär geführten Hotel fühlen Sie sich wie zu Hause!
Ruhige Lage, 100 Betten. Moderne Zimmer, alle mit Du/WC, TV, Radio, teilweise Balkon. Reichlich und gute Verpflegung. Neuer Wellnesbereich mit 2 Saunen, 2 Whirlpools, Solarium, Lift u. Außenlift. Musik, Unterhaltung, Tanz sowie Dia-Vorträge im Hause.
Sonderpreis für Gruppen: HP bei Aufenthalt ab 4 Tagen: 35,- € EZ-Zuschlag 8,- €.
Abwechslungsreiches Auftragsprogramm und Reiseleitung. Bitte Prospekt anfordern.
Hotel-Restaurant Wagner, 56341 Kamp-Bornhofen/Rhein
Tel. **0 67 73 / 3 16**, privat **12 19** oder **7819**, Fax **72 79**

Urlaub direkt an der Mosel
★ Schwimmbad & Panorama-Sauna ★ Lift ★
Fam. gef. Hotel bei Bernkastel-Kues (5 km) 90 B., Du/WC/TV, Moselterrasse, Liegewiese, Kegelbahn. Zentral gelegen für Wander-/Radtouren u. herrl. Ausflüge:
z.B. Trier (35 km), Luxemburg (60 km).
Sparpreise ab: 5x HP 209 € · 7x HP 279 €
www.hotel-winzerverein.de
54492 Zeltingen/Mosel · Tel. **06532/2321** · Fax **1748**

Junger Geist in historischem Gemäuer
Dir. a.d. Mosel, Menüwahl, Lift, Kegelbahn, 100 Betten, Fahr.
Sparpr.: 5xHP205,-/7xHP287,-/3xHP144,-/Grup.-Prosp.anf.
★★ Deutscherherrenhof ☎ (0 65 32) 935-0, Fax 935-199
54492 Zeltingen-Rachtig (www.Deutscherherrenhof.de)

FeWo**, Mosel, b. Cochem, 4 Pers. ab 25,- €**, z.T. behindertenfrdl., Telefon und Sat-TV, Grill, Liegewiese, ideale Wandermöglichkeit, Bahnst.
☎ **0 65 42 / 24 98** · www.fewo-kroeger.de

MITTELMOSEL* ÜF ab 1750 €**
www.haussibylle.de, Kröver Straße 25, D-54538 Kinheim ☎ **0 65 32 / 25 92**, Fax **95 45 03**

Achtung dies könnte ihre Anzeige sein!
5 Zeilen für nur 78,00 € + gesetzlicher MwSt. ist eine günstige Variante ihre Angebote vielen potenziellen Kunden zu unterbreiten.
Infos unter: ☎ **0 47 92 / 22 16**

Anzeigenverwaltung SoVD Zeitung

U. Struckmeyer · Postfach 12 66 · D-27723 Worspöde
Tel.: 0 47 92 / 22 16 · Fax: 35 30 · E-Mail: u.struckmeyer@t-online.de